



Schritt für Schritt

Schlussbericht

Projektteam

Urs Bieri: Co-Leiter

Jonas Ph. Kocher: Projektleiter

Alexander Frind: Projektleiter

Lucian Seebacher: Praktikant Data Science

Bern, 14.10.2020

Inhaltsverzeichnis

1	MANAGEMENT SUMMARY	4
2	EINLEITUNG	5
2.1	Mandat und Fragestellung	5
2.2	Befragung und Stichprobe	6
3	BEFUNDE	8
3.1	Meinungsbildung und Prädisposition	8
3.2	Teilnahme	13
3.3	Stimmabgabe	18
3.4	Begründung	22
3.5	Neuaufgabe	30
4	SYNTHESE	31
5	ANHANG	32
5.1	gfs.bern-Team	32

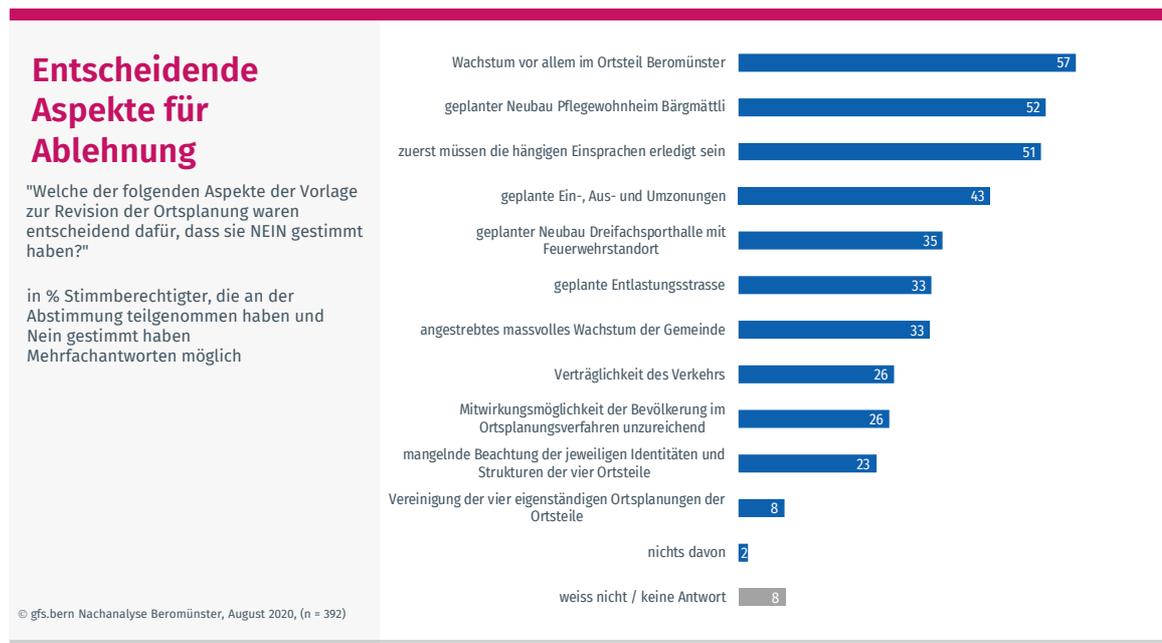
1 Management Summary

Die Komplexität der Vorlage stellte die Stimmberechtigten von Beromünster vor Herausforderungen bei der Meinungsbildung, denn eine Mehrheit der Teilnehmenden hatte Schwierigkeiten, sich auf Basis der vorhandenen Informationen ein Bild zu machen und hätte sich mehr behördenseitige Informationen gewünscht. Was sich in der Ausgangslage als Nachteil erweist, ist der Befund, dass Antworten zu inhaltlichen Fragen zur Vorlage nicht nur auf Seite der Befürwortenden gesucht wurden, sondern den Beschwerdeführer*innen und der anonymen Flugblattaktion relativ hohes Gewicht beigemessen wurde. Explizit keine Vorbehalte inhaltlicher Natur bestanden in Bezug auf den Grundgedanken von Verdichtung in der Gemeinde.

Die Teilnahme am Urnengang folgte bekannten Phänomenen, denn junge Stimmberechtigte und politisch wenig Interessierte beteiligten sich nur unterdurchschnittlich am Urnengang. Personen über 65 Jahren und Einwohner*innen mit einer langen Wohndauer in der Gemeinde haben sich dagegen überdurchschnittlich an der Abstimmung beteiligt. Parteipolitisch gelang es der CVP und der SVP am besten, ihre Anhänger*innen zu mobilisieren. Der Mangel an Information zur Vorlage schlägt dabei auf die Teilnahme durch, denn gut Informierte haben sich überdurchschnittlich beteiligt.

Alteingesessene in der Gemeinde lehnten die Vorlage am stärksten ab, während Sympathien bei Einwohner*innen mit Wohndauer zwischen 5 und 10 Jahren in der Gemeinde stark ausgeprägt waren und die Vorlage in dieser Gruppe deutlich angenommen wurde. Parteipolitisch stiess die Vorlage in der politischen Mitte auf Zustimmung, während sie in linksgrünen Kreisen und von Anhänger*innen der SVP klar verworfen wurde. Wer sich schlecht informiert fühlte, blieb der Urne entweder fern oder sprach sich deutlich für den Status quo aus.

Grafik 1



Auf Ebene der Stimmotive scheiterte die Vorlage hauptsächlich an einer Kombination aus Widerstand gegenüber dem Altersheimprojekt und am Prozess der Verknüpfung der Teilprojekte, ohne dass alle Einsprachen vorher erledigt wurden. In Bezug auf den geplanten Neubau des Altersheims gibt es grundsätzliche Kritik am Neubau, weniger am gewählten Standort. Auf der Befürworterseite wirkten hauptsächlich die Vorstellungen, dass die Vorlage eine nachhaltige Raumplanung und die nötige Entlastungsstrasse ermöglicht hätte. Damit ist die Entlastungsstrasse insgesamt das am wenigsten umstrittene Bauprojekt.

Bei einer Neuauflage wünschen die Stimmberechtigten der Gemeinde Beromünster in erster Linie Anpassungen am Prozess, wobei am deutlichsten Einzelabstimmungen über die Teilprojekte gewünscht werden. Insgesamt skizzieren die Stimmberechtigten damit ein Setting, das an der ursprünglich vorgesehenen Gemeindeversammlung besser hätte eingelöst werden können als im Rahmen des durchgeführten Urnenganges. Eine solche Versammlung hätte die gewünschte Staffelung, das Eingehen auf die offenen Einsprachen, wie auch mehr Information und Kommunikation zwischen den Entscheidungen ermöglicht.

Die Ergebnisse der Studie "Nachanalyse Ortsplanung Beromünster" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'032 Stimmberechtigten in Beromünster. Alle Stimmberechtigten wurden angeschrieben (Vollerhebung) und konnten die Umfrage zwischen dem 11. August und 12. September 2020 online oder auf einem Papier-Fragebogen ausfüllen.

2 Einleitung

2.1 Mandat und Fragestellung

Am 17. Mai 2020 haben die Stimmberechtigten von Beromünster die Gesamtrevision der Ortsplanung Beromünster mit 53 Prozent Nein zu 47 Prozent Ja abgelehnt. Dieses Nein stand am Schluss eines rund 6-jährigen, sorgfältig austarierten Policy-Prozesses, welcher starken Wert auf Inklusion und Partizipation legte. Die einzig sichtbare (anonym vorgetragene) Kritik an der Gesamtrevision fokussierte auf Aspekte der Verdichtung und Wachstum.

Mit der Ablehnung hat die sehr knappe Mehrheit zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der Vorlage nicht einverstanden war. Offen bleibt, warum die Vorlage abgelehnt wurde. Sind die Stimmberechtigten mit der gemeindeseitigen und kantonalen Raumplanung unzufrieden? Liegt es an der konkreten Vorlage? Soll ein erneuter Anlauf genommen werden? Würde die Mehrheit einer leicht adaptierten Vorlage zustimmen? Welche Argumente waren für die Ablehnung ausschlaggebend?

Die hier vorliegende **NACHANALYSE** untersucht mittels Befragung unter den Stimmberechtigten aus Beromünster, wer aus welchen Gründen für oder gegen die Vorlage war, hält aber auch fest, was der Stimmentscheid aus Sicht der Stimmberechtigten für die Zukunft bedeutet.

Der vorliegende Schlussbericht enthält alle Erkenntnisse aus der Studie und schliesst die Berichterstattung ab.

2.2 Befragung und Stichprobe

Die Ergebnisse der Studie "Nachanalyse Ortsplanung Beromünster" basieren auf einer repräsentativen Befragung von 1'032 Stimmberechtigten in Beromünster. Alle Stimmberechtigten wurden angeschrieben (Vollerhebung) und konnten die Umfrage zwischen dem 11. August und 12. September 2020 online oder auf einem Papier-Fragebogen ausfüllen.

Die untenstehende Übersicht gibt einen Eindruck über die wichtigsten Eckwerte der Befragung:

Tabelle 1: Methodische Details

Auftraggeber	Gemeinde Beromünster
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte der Gemeinde Beromünster
Befragungsgebiet	Gemeinde Beromünster
Datenerhebung	schriftlich/online Teilnahme schriftlich: 444 Teilnahme online: 588
Art der Stichprobenziehung	Vollerhebung auf Basis Gemeinderegister
Befragungszeitraum	11. August – 12. September 2020
Stichprobengrösse	Total Befragte CH N = 1'032
Stichprobenfehler	±2.7 Prozent bei 50/50 und 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit
Quotenmerkmale	keine
Gewichtung	Teilnahme, Ortsteil, Alter/Geschlecht, Stimmenscheid, Designgewichtung nach Parteiaffinitäten

©gfs.bern, Nachanalyse Ortsplanung Beromünster 2020

Bei einer Stichprobe entscheiden zwei Faktoren über die Qualität der später gewonnenen Aussagen massgeblich mit: Die Irrtumswahrscheinlichkeit einerseits sowie der Stichprobenfehler (Irrtumgrösse) einer getroffenen statistischen Aussage andererseits. In Bezug auf den ersten Punkt setzt man bei der Umfrageforschung zumeist auf ein Sicherheitsmass von 95 Prozent. Das heisst, man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der wahre Wert einer Variable in der Gesamtbevölkerung nicht innerhalb des Bereiches des ausgewiesenen Wertes der Stichprobe \pm seines Stichprobenfehlers liegt. Andererseits unterliegen statistische Aussagen eben diesem Stichprobenfehler, welcher von der Grösse der Stichprobe und der Basisverteilung der Variable in der Bevölkerung abhängt, wobei der Fehler kleiner wird, je grösser die Stichprobe ist.

Die statistischen Fehler bei der Stichprobengrösse für die jeweiligen befragten Gruppen betragen:

Tabelle 2: Stichprobenfehler

Ausgewählte statistische Stichprobenfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung bei einer Grundgesamtheit von 4'505 Stimmberechtigten		
Stichprobengrösse	Fehlerquote Basisverteilung	
	50% zu 50%	20% zu 80%
N = 1'000	±2.7 Prozentpunkte	±2.2 Prozentpunkte
N = 600	±3.7 Prozentpunkte	±3.0 Prozentpunkte
N = 100	±9.7 Prozentpunkte	±7.8 Prozentpunkte
N = 50	±13.9 Prozentpunkte	±11.1 Prozentpunkte

Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ±2.7 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ±2.2 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist.

©gfs.bern, Nachanalyse Ortsplanung Beromünster 2020

Gerade bei Untergruppenanalysen weist die untersuchte Gruppe schnell weniger als 50 Befragte aus, was bei einem Stichprobenfehler von rund ±14 Prozentpunkten eine adäquate Interpretation nahezu verunmöglicht. Deshalb nehmen wir keine Subgruppenanalysen unter 50 Fällen vor.

Das andere Element einer qualitativ hochstehenden Analyse ist die Gewährleistung von Repräsentativität. Repräsentativität bedeutet nichts anderes, als dass jede Einheit aus der Grundgesamtheit genau die gleiche Chance haben muss, an der Befragung teilnehmen zu können. Werden bei der Stichprobenziehung systematisch Gruppen ausgeschlossen, ist eine Befragung nicht repräsentativ. Da sämtliche Stimmberechtigten von Beromünster angeschrieben wurden, ist die Repräsentativität gegeben.

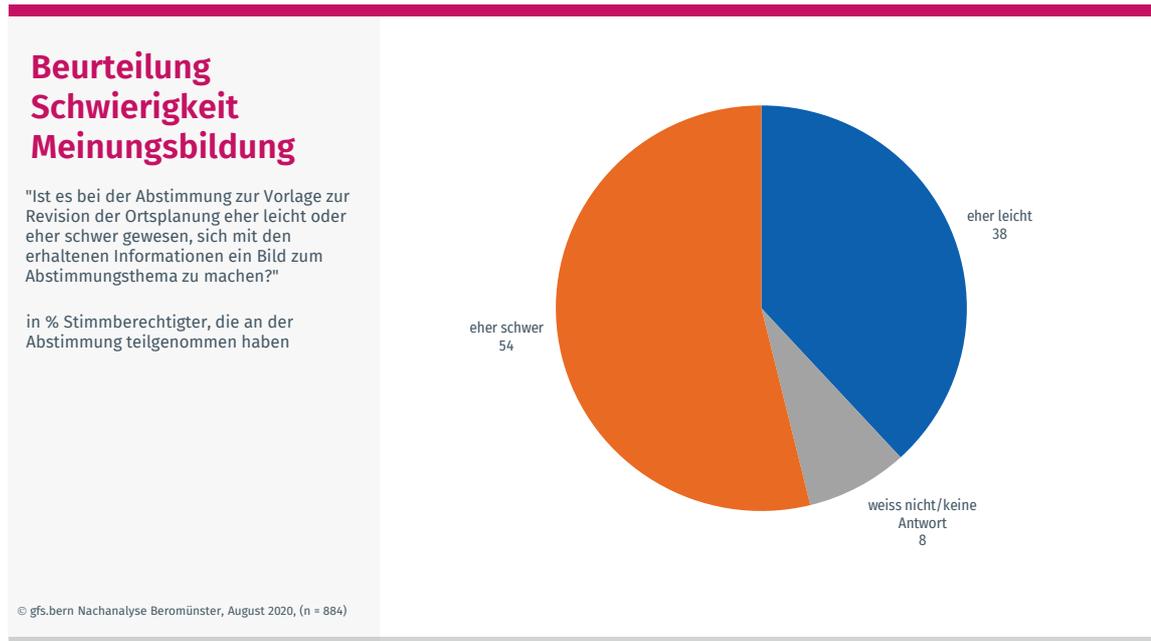
Bei der Datenanalyse haben wir unter anderem die (logistische) Regressionsanalyse verwendet. Die Regressionsanalyse klärt den Einfluss eines Variablensets auf eine weitere Variable. Das ist beispielsweise der Fall, wenn man den Einfluss von Argumenten auf den Stimmentscheid klären will.

3 Befunde

3.1 Meinungsbildung und Prädisposition

Die Urnengänger*innen von Beromünster haben am 17. Mai 2020 über die Ortsplanungsrevision abgestimmt. Obwohl die Vorlage rund sechs Jahre in verschiedenen Gremien und Partizipationsveranstaltungen intensiv diskutiert wurde, war die abschliessende Entscheidung augenscheinlich keine einfache:

Grafik 2

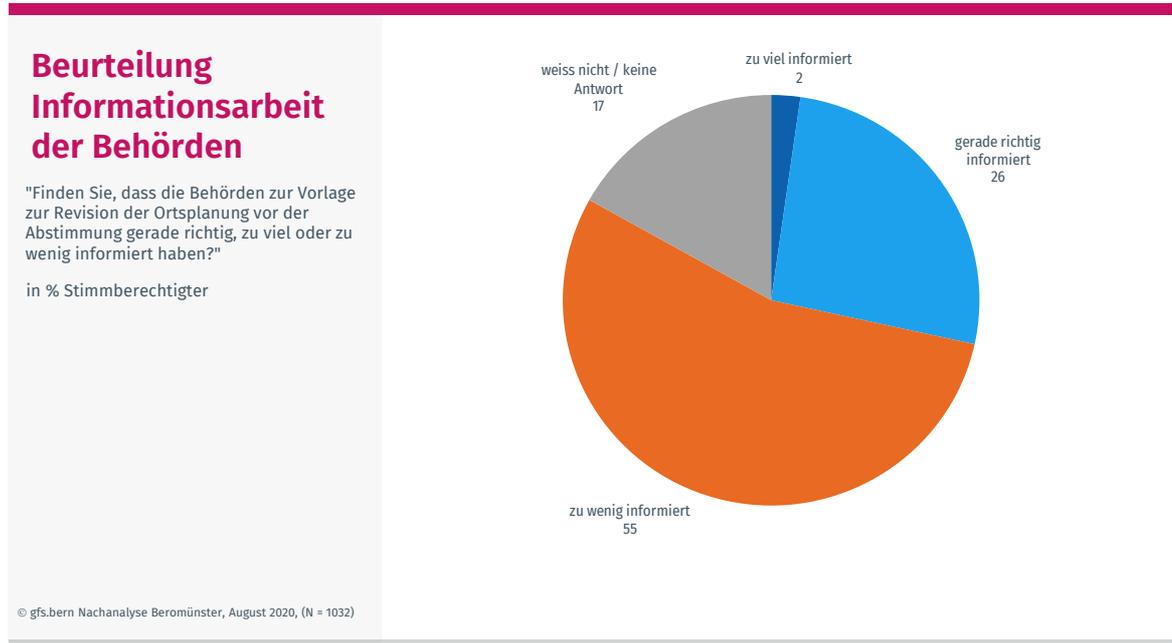


Mehrheitliche 54 Prozent der Teilnehmenden fanden es schwierig sich zur Vorlage ein Bild zu machen. Das ist für eine Behördenvorlage mit einer dermassen langen Vorgesichte überraschend. Auch wenn Ortsplanungen zweifellos meist komplexe Unterfangen sind, finden Stimmberechtigte im Normalfall gute Wege, um sich zu entscheiden. Das scheint hier nicht der Fall gewesen zu sein, die Vorlage verunsicherte.

Einzig in Schwarzenbach empfand eine knappe absolute Mehrheit (51%) die Meinungsbildung eher leicht.

Ebenfalls bemerkenswert ist, dass sich die Stimmberechtigten aus Beromünster gerade von Behördenseite mehr Informationen gewünscht hätten:

Grafik 1



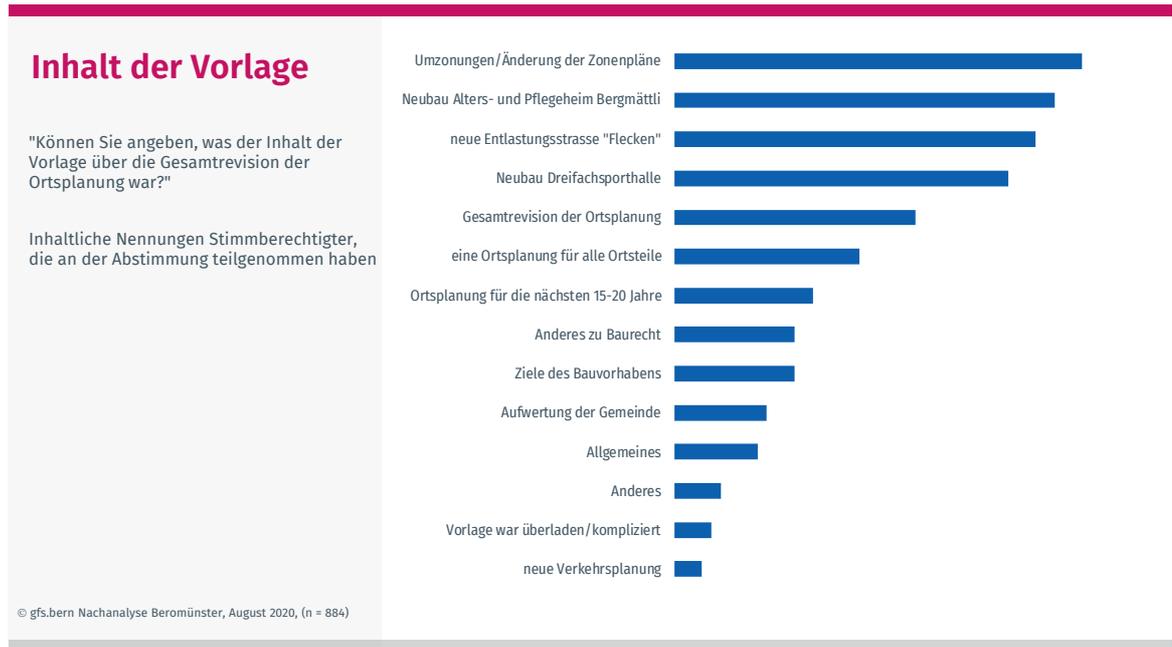
55 Prozent finden, dass die Behörden zu wenig informiert hätten. Nur 26 Prozent beurteilen die Informationsmenge als gerade richtig.

Das ist erfahrungsgemäss ein starker Hinweis dafür, dass die Behörden in eine Richtung dachten, die in der Bevölkerung zu wenig nachvollzogen werden konnte, wobei man dem Behördenentscheid nicht einfach ablehnend gegenübersteht (sonst würden deutlich mehr als 2 Prozent davon ausgehen, dass die Behörden zu viel informierten), sondern ein ehrliches Interesse an zusätzlichen Erklärungen hatte.

Nicht aufgelöste Fragen und offene Punkte führen oft dazu, dass man am Schluss eher den bekannten, zufriedenstellenden Status quo wählt, was hier die Ablehnung des Reformvorhabens bedeutet.

Interessanterweise sind die Stimmberechtigten in Schwarzenbach, welche die Meinungsbildung eher leichter empfanden, überdurchschnittlich der Meinung, dass die Behörden zu wenig informiert hätten (69%).

Grafik 4

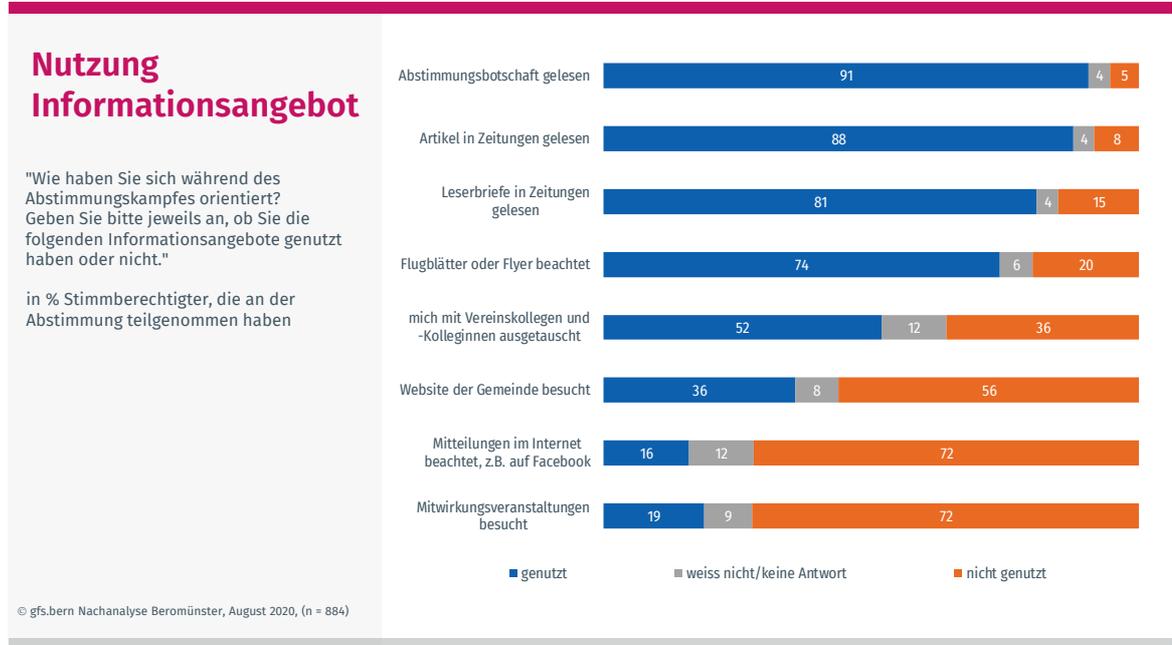


Der Wunsch nach Mehrinformation bezieht sich bezeichnenderweise nicht darauf, dass den Urnengänger*innen in Beromünster unklar war, was der Inhalt der Vorlage war. Grosse Mehrheiten können die konkreten Stossrichtungen einzeln oder in der gesamten Summe richtig benennen. Der Fokus wird dabei vermehrt auf die Bauprojekte und erst an zweiter Stelle auf die Ortsplanung gelegt, was schon einen Hinweis darauf geben kann, welche Elemente umstrittener waren. In der Folge scheint sich der Informations-

wunsch eher auf die Entscheidungsschwierigkeiten zu beziehen, also darauf, genügend Informationen zu haben, um sich innerhalb einer inhaltlich bekannten Vorlage dafür oder dagegen zu entscheiden.

Bei einem so deutlichen Informationsinteresse spielen verwendete Informationskanäle verstärkt eine entscheidende Rolle:

Grafik 5



Die Urnengänger*innen in Beromünster informierten sich dabei mit einer Ausnahme über die üblichen Kanäle. Am meisten genutzt, wie wir es auch bei nationale Abstimmungen immer wieder beobachten, wird die Abstimmungsbotschaft (91% genutzt), während auch Artikel in Zeitungen (88%) und Leserbriefe (81%) hohe Aufmerksamkeit genossen.

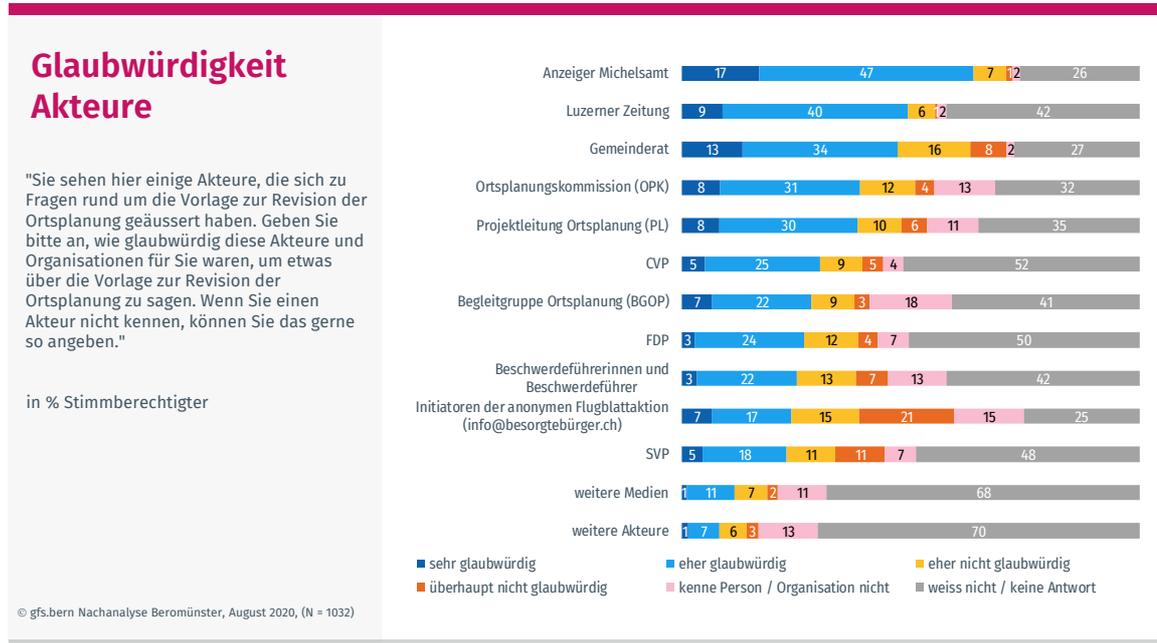
Die Ausnahme bezieht sich auf Flugblätter und Flyer, welche von 74 Prozent genutzt wurden. Normalerweise ist dieser Wert wesentlich tiefer, augenscheinlich war dieser Kanal diesmal besonders wichtig.

Rund die Hälfte der Befragten (52%) hat sich in Vereinen über die Abstimmung ausgetauscht. Vor allem Alteingesessene und überdurchschnittlich Männer haben sich dort informiert.

Die übrigen Informationskanäle wurden nur von Minderheiten genutzt. Gut ein Drittel hat sie Gemeindeforum besucht. 19 Prozent waren an einer Veranstaltung. Social-Media-Kanäle (16%) spielten eine stark untergeordnete Rolle.

Was unter Flugblättern hauptsächlich zu verstehen ist, zeigt ein Blick auf die Glaubwürdigkeit ausgewählter Akteure:

Grafik 6



So wurde gerade das anonyme Flugblatt augenscheinlich relativ breit wahrgenommen, wobei die Urheber zwar polarisieren, aber (sofern bekannt) in gewichtigen Gruppen durchaus als glaubwürdig galten (24% sehr/eher glaubwürdig). Das ist für eine anonyme Gruppierung durchaus bemerkenswert. Ebenfalls eine beachtlich hohe Glaubwürdigkeit (sofern bekannt) hatten auch die Beschwerdeführer*innen (25%) im Rahmen der verbleibenden, offenen Beschwerden. Auch wenn auf der anderen Seite die Befürworter durchaus über sehr glaubwürdige Kommunikator*innen verfügten – insbesondere der Gemeinderat (47%) und zuständige Gremien (OPK 39%, PL 38%, BDOP 29%) –, erstaunt es doch, dass der kleine und sehr personalisierte Kreis von Gegnern eine dermassen hohe Aufmerksamkeit erfuhr.

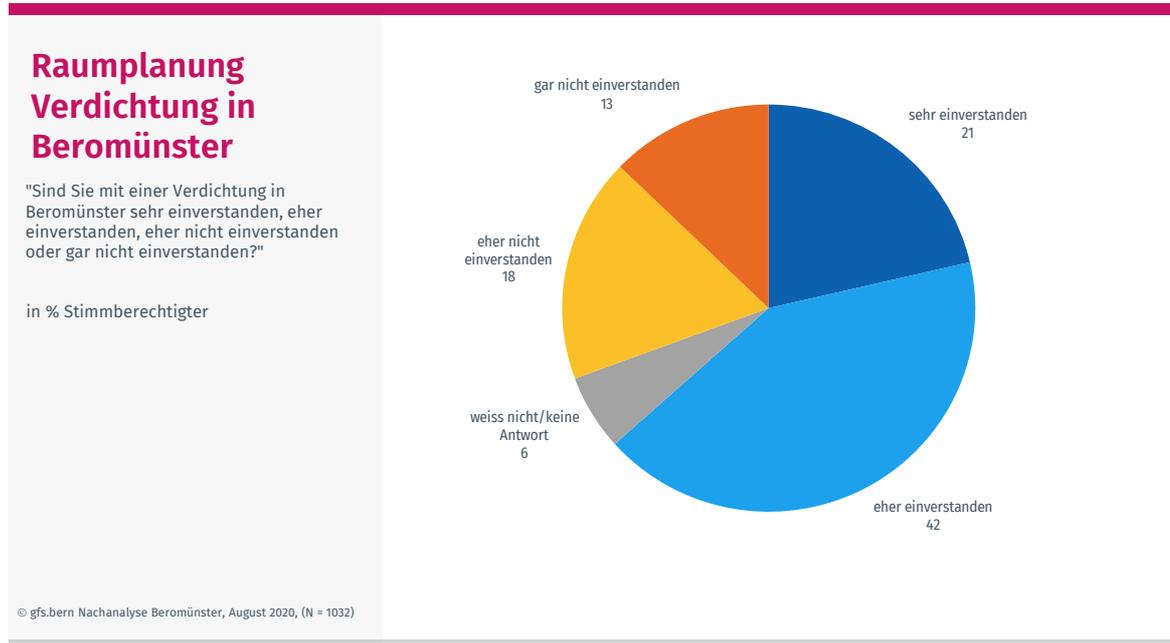
Oder in anderen Worten: Die Urnengänger*innen in Beromünster hatten offene Fragen zur Vorlage und suchten Antworten nicht nur auf Seite der Befürwortenden, sondern auch innerhalb der Gegnerschaft und bis hin zu einem anonymen Flugblatt.

Am glaubwürdigsten erachteten die Stimmberechtigten die beiden relevanten Printmedien, den Anzeiger Michelsamt (64%) und die Luzerner Zeitung (49%), wahrscheinlich, weil diese als unparteiischer als die übrigen Akteure wahrgenommen wurden. Die übrigen Medien (12%) scheinen aus Sicht der Befragten keine Rolle zu spielen.

Den drei grossen Parteien wird eine mittlere Glaubwürdigkeit attestiert, was ein sehr häufig zu beobachtendes Resultat ist: Parteien sind aus Sicht der eigenen Mitglieder und Sympathisierenden hochgradig glaubwürdig. Bei den anderen Stimmberechtigten nimmt die wahrgenommene Glaubwürdigkeit mit zunehmender ideologischer Distanz ab. Es ist deshalb auch nicht unüblich, dass Parteien in der Mitte bei den Stimmberechtigten insgesamt als glaubwürdiger gelten weitere rechts- oder linksstehende Parteien: Die CVP (30%) liegt somit knapp vor der FDP (27%) und der SVP (23%).

Hingegen ist die Vorlage inhaltlich nicht hauptsächlich an der grundsätzlichen Einstellung der Beromünster*innen gegenüber der raumplanerischen Verdichtung gescheitert:

Grafik 7



So sprechen sich 63 Prozent aller Stimmberechtigten in Beromünster für den Verdichtungsgedanken aus, während nur klar minderheitliche 31 Prozent dagegen eintreten. Damit können die Befragten mit dem Grundsatz hinter einer modernen Raumplanung und Ortsplanung durchaus in der Mehrheit etwas anfangen. Die Vorlage scheiterte damit nicht hauptsächlich daran, dass sie einen Grundgedanken aufgriff, der in der Bevölkerung nicht geteilt wird, im Gegenteil.

Breite Bevölkerungsgruppen (von Jung bis Alt, Männer wie Frauen, Mieter*innen sowie Hauseigentümer*innen) sind mehrheitlich mit der Verdichtung einverstanden. Sogar unter den Personen, welche die Vorlage abgelehnt haben, votieren 57 Prozent grundsätzlich für Verdichtung.

Kritischer sind hingegen SVP-Sympathisierende (43% sehr/eher einverstanden) und Stimmberechtigte aus Schwarzenbach (41%).

Interessanterweise sind insbesondere auch Alteingesessene (seit Geburt 74% resp. seit mehr als 20 Jahren 64%) klar für mehr Verdichtung, während jene, die erst seit weniger als 5 Jahren in Beromünster wohnen, nur minderheitlich (35%) mehr verdichten wollen. Wer sich also erst kürzlich für Beromünster entschieden hat, tat dies wahrscheinlich auch mit dem Wunsch nach einem noch weniger verdichteten Wohnort.

3.2 Teilnahme

Generell entspricht die Teilnahmehäufigkeit vom 17. Mai 2020 einem durchschnittlichen Wert. 45.4 Prozent aller Beromünster*innen haben am Urnengang teilgenommen. Seit Beginn 2010 liegt die Stimmbeteiligung an einem Abstimmungssonntag mit nationalen

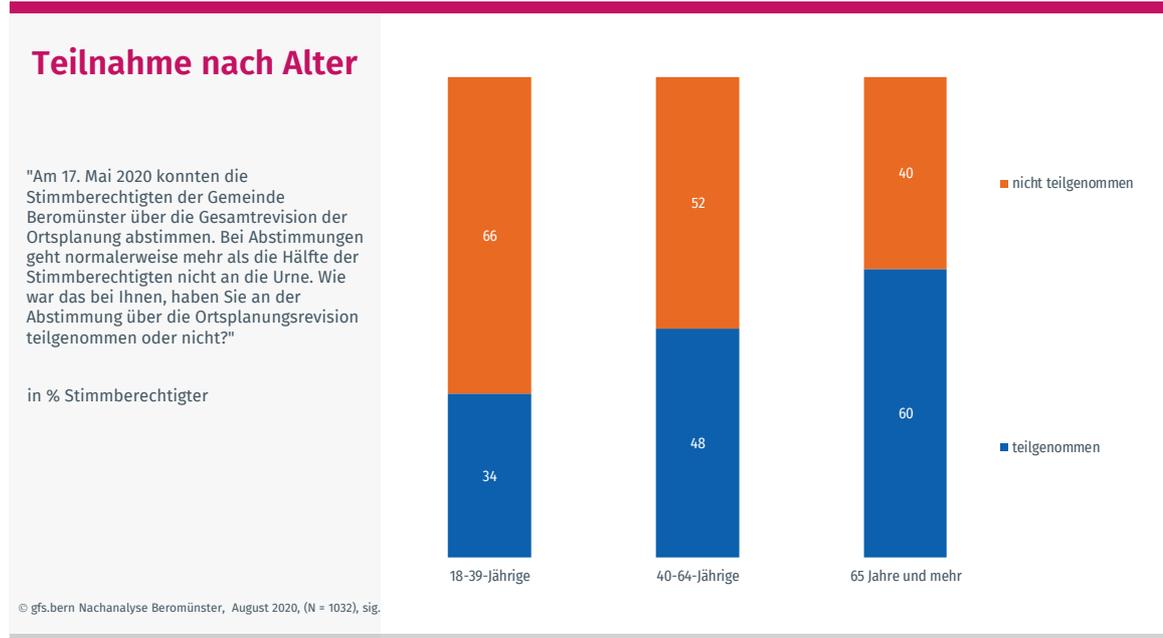
Vorlagen bei 47.0 Prozent (ohne Abstimmung vom 29. September 2020), wobei der Tiefpunkt am 25. November 2012 (Tierseuchengesetz) und der Höhepunkt am 28. Februar 2016 (u.a. Durchsetzungsinitiative) zu finden sind.

Damit zeigen sich schon auf dieser generellen Ebene keine Hinweise dafür, dass die Vorlage herausragend mobilisiert hätte, und damit Personen am Urnengang teilgenommen haben, die normalerweise nicht teilnehmen. An sich ist eine solche Ausgangslage ein Vorteil für eine Behördenvorlage, während eine überdurchschnittliche Mobilisierung meist ein Zeichen für behördenkritische Proteststimmen ist.

Allerdings kamen am Abstimmungstermin keine nationalen Vorlagen zur Abstimmung – aufgrund der COVID-19-Pandemie wurde über die bereits angesetzten Vorlagen erst am 29. September 2020 entschieden. Die Höhe der Stimmbeteiligung hängt häufig von den nationalen Vorlagen ab, selten von kantonalen oder kommunalen. Dass trotz Pandemie und trotz fehlender nationaler Abstimmungsvorlagen 45.4 Prozent teilgenommen haben, zeigt zumindest, dass die Vorlage durchaus interessiert hat, wenn auch nicht über dem Durchschnitt einer nationalen Vorlage.

Damit folgt die Verteilung der Teilnahme in erster Linie auch bekannten Phänomenen:

Grafik 8



Junge, Personen mit tieferer formaler Bildung¹ und damit einhergehend politisch weniger Interessierte verzichteten überdurchschnittlich auf einen Urnengang. Während gerade Personen über 65 Jahren (60% teilgenommen) einen wesentlichen Teil des Wahlkörpers bestimmen.

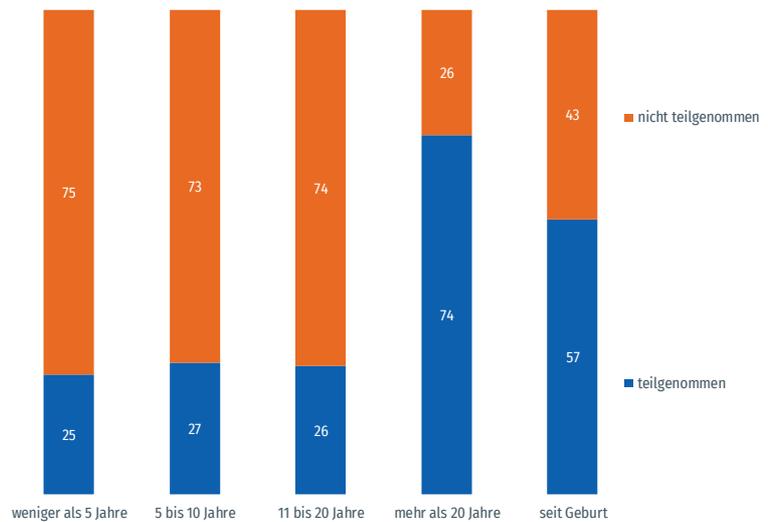
¹ wurde nicht befragt

Grafik 2

Teilnahme nach Wohndauer in der Gemeinde Beromünster

"Am 17. Mai 2020 konnten die Stimmberechtigten der Gemeinde Beromünster über die Gesamtrevision der Ortsplanung abstimmen. Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Ortsplanungsrevision teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter



© gfs.bern Nachanalyse Beromünster, August 2020, (N = 1032), sig.

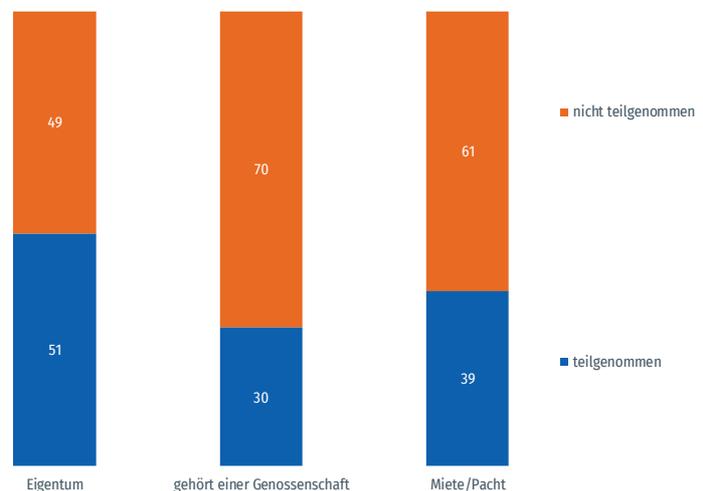
Dass die Vorlage nicht zuletzt aber auch mit der Identität der Gemeinde zu tun hat, zeigt ein Blick auf die Verbindung zwischen Teilnahme an der Abstimmung und Wohndauer in der Gemeinde. So steigt die Teilnahmebereitschaft bei Personen, welche über 20 Jahre (74%) respektive seit Geburt (57%) in der Gemeinde leben, sprunghaft an.

Grafik 10

Teilnahme nach Hausbesitz gegenwärtige Wohnung

"Am 17. Mai 2020 konnten die Stimmberechtigten der Gemeinde Beromünster über die Gesamtrevision der Ortsplanung abstimmen. Bei Abstimmungen geht normalerweise mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten nicht an die Urne. Wie war das bei Ihnen, haben Sie an der Abstimmung über die Ortsplanungsrevision teilgenommen oder nicht?"

in % Stimmberechtigter

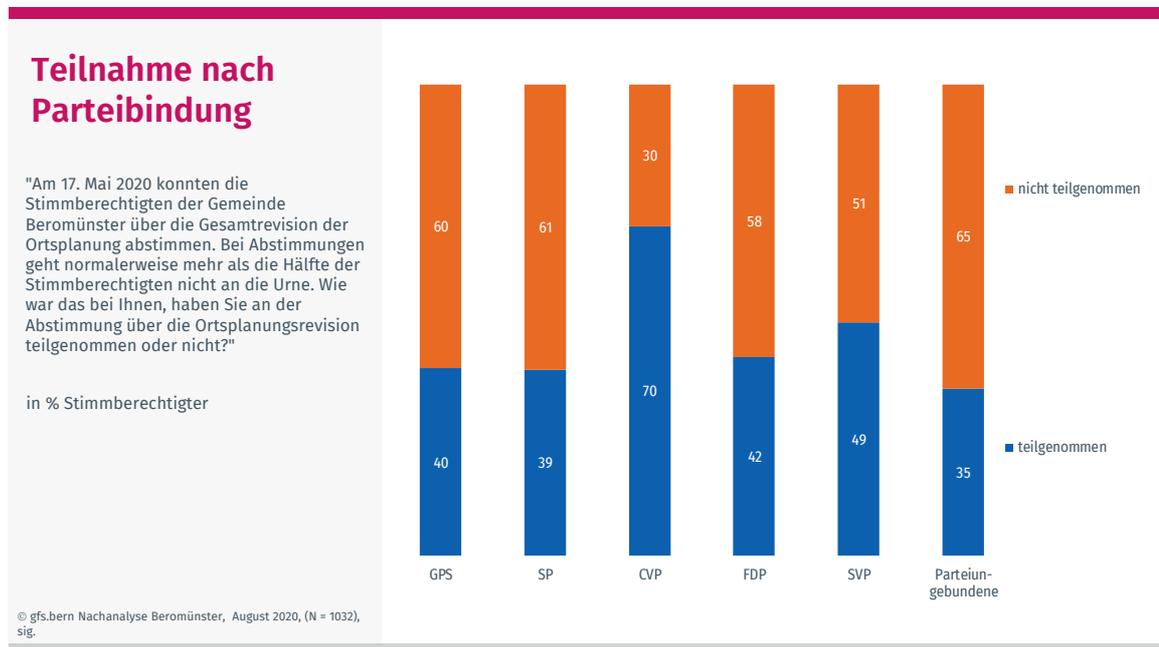


© gfs.bern Nachanalyse Beromünster, August 2020, (N = 1032), sig.

Gleiches beobachten wir auch bei Personen mit Wohneigentum (51%), welche aufgrund ihrer Immobilie häufig stärker in einer Gemeinde verwurzelt sind als jene in anderen Wohnsituationen.

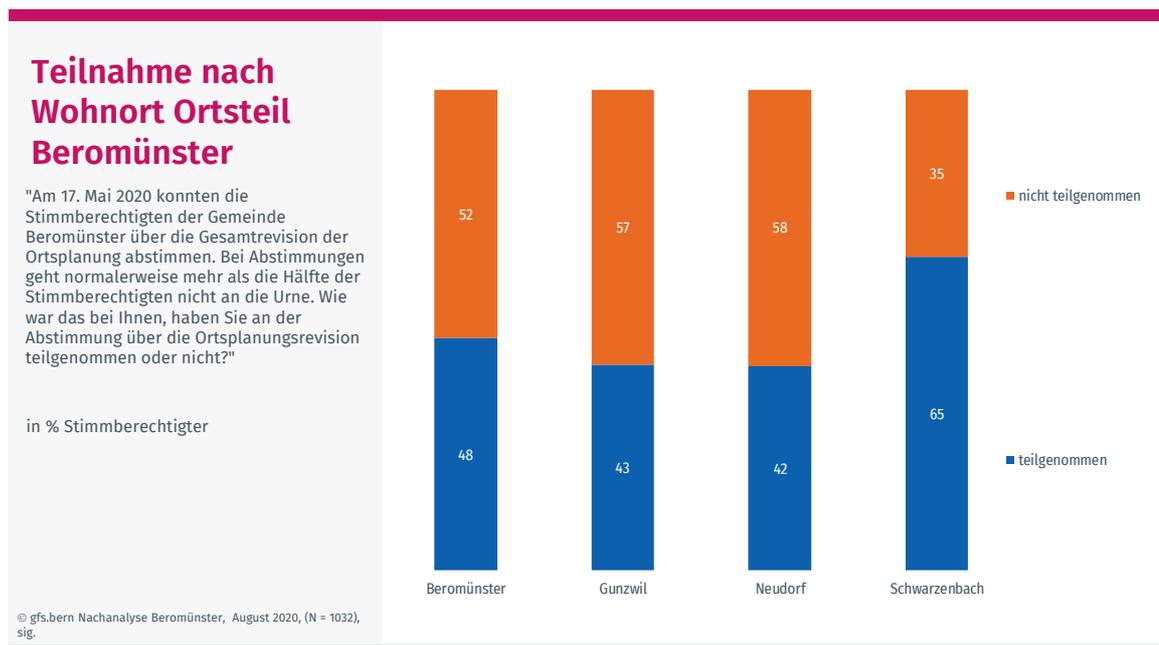
Die Vorlage scheiterte sichtbar nicht daran, dass die Parteiungebundenen oder die Sympathisierenden aus Parteien, die nicht im Gemeinderat vertreten sind, hochgradig mobilisiert gewesen wären. Im Gegenteil:

Grafik 11



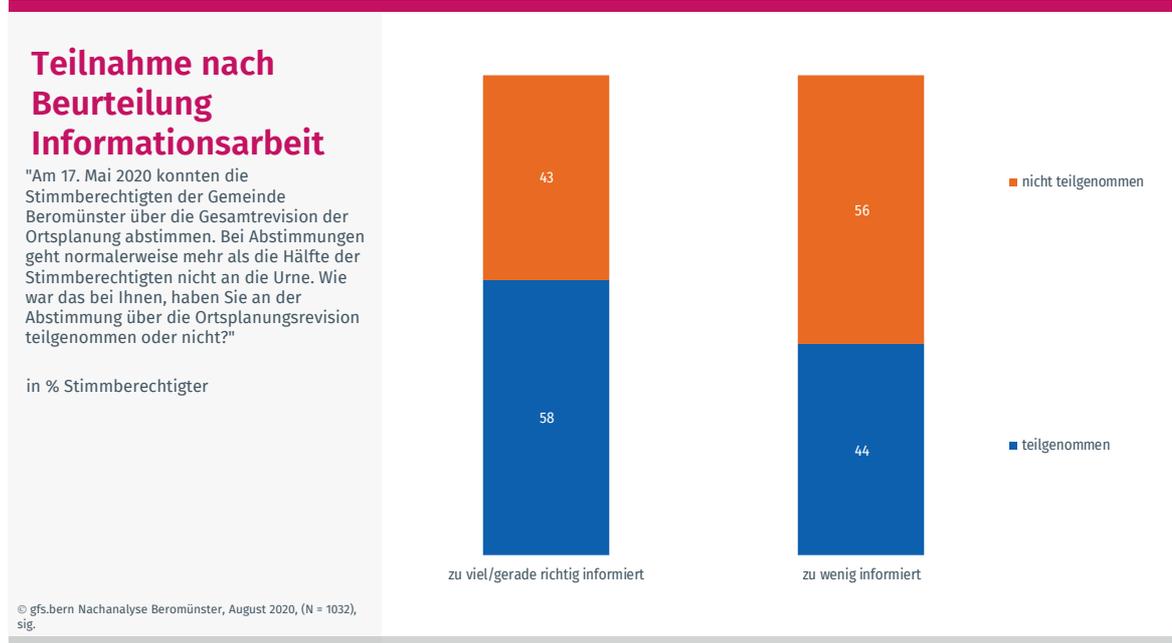
Die CVP, als grösste Partei in Beromünster, konnte ihre Sympathisierenden deutlich am besten mobilisieren (70%). Die FDP, als zweite im Gemeinderat vertretene Partei, mobilisierte nur leicht unterdurchschnittlich (42%), während die SVP-Sympathisierenden leicht überdurchschnittlich an der Urne vertreten waren (49%). Die (wenigen) Anhänger*innen von GPS und SP nahmen auch nur leicht unterdurchschnittlich teil (40% resp. 39%). Parteiungebundene gingen nur zu 35 Prozent an die Urne – ein häufig zu beobachtendes Phänomen.

Grafik 12



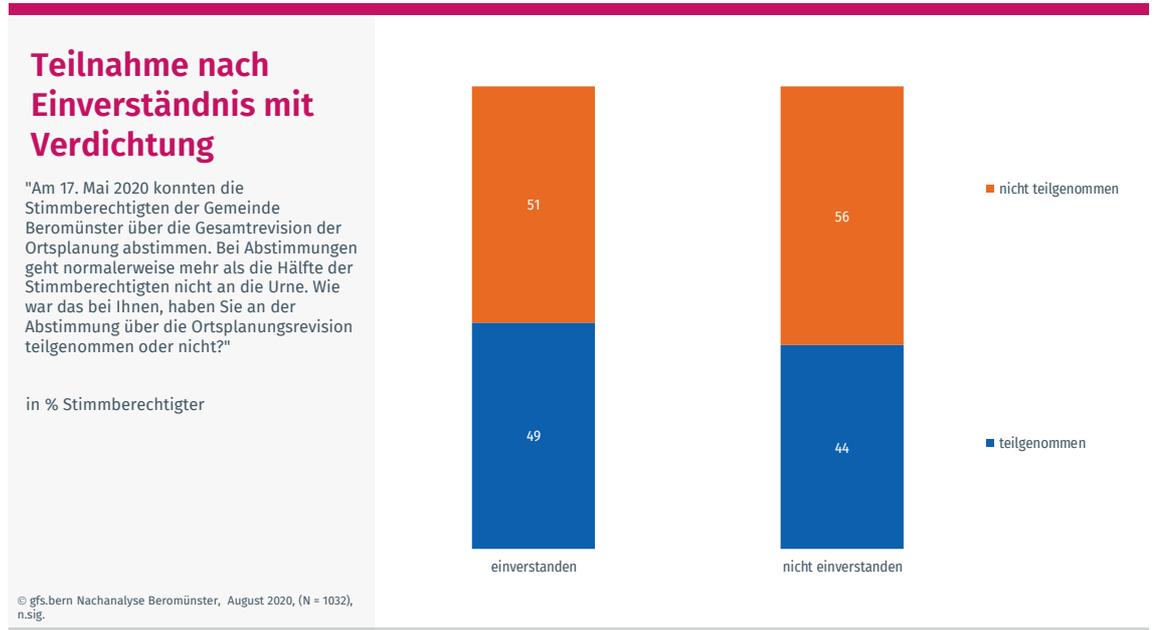
In Schwarzenbach, dem kleinsten der vier Ortsteile, haben nach eigener Aussage fast zwei Drittel (65%) an der Abstimmung teilgenommen. Im Ortsteil Beromünster liegt der Anteil (48%) leicht über dem der Gesamtgemeinde, in Gunzwil (43%) und Neudorf (42%) leicht darunter.

Grafik 13



Wer sich gerade richtig (oder seltener: zu viel) informiert gefühlt hat, nahm eher an der Abstimmung teil (58%) als wer zu wenig informiert war (44%). Es ist möglich, dass sich einige aufgrund des wahrgenommenen Mangels an Informationen der Urne ferngehalten haben und bei verstärkter Behördenkommunikation teilgenommen hätten. Es ist aber nicht auszuschliessen, dass man sich zuerst (bewusst oder unterbewusst) entschieden hat, nicht an der Abstimmung teilzunehmen, und infolgedessen die zur Verfügung gestandenen Informationen ignoriert hat.

Grafik 14



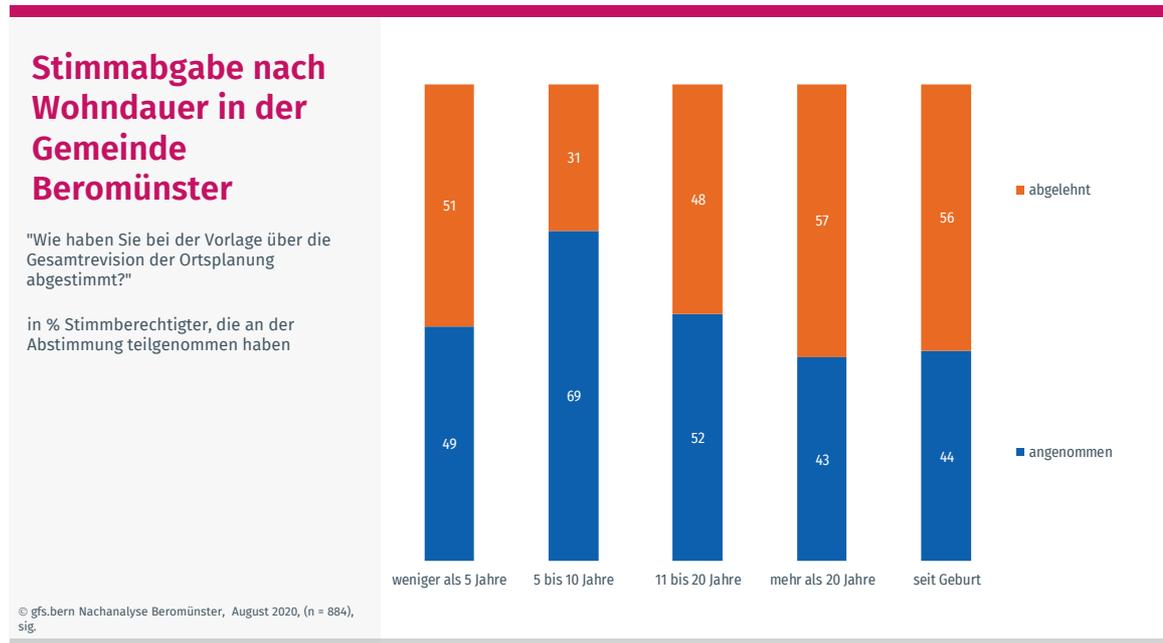
Keine statistisch besondere Mobilisierung beobachten wir entlang der Einstellung gegenüber Verdichtung. Gerade Personen mit Kritik gegenüber Verdichtungsbemühungen fühlten sich durch die Vorlage nicht verstärkt angesprochen und nahmen in der Folge auch nicht überdurchschnittlich stark teil.

Kein signifikanter Unterschied hinsichtlich der Stimmbeteiligung zeigt sich zwischen den Geschlechtern.

3.3 Stimmabgabe

Obwohl die Alteingesessenen Verdichtung gegenüber grundsätzlich offen sind, haben sie die Vorlage am stärksten abgelehnt:

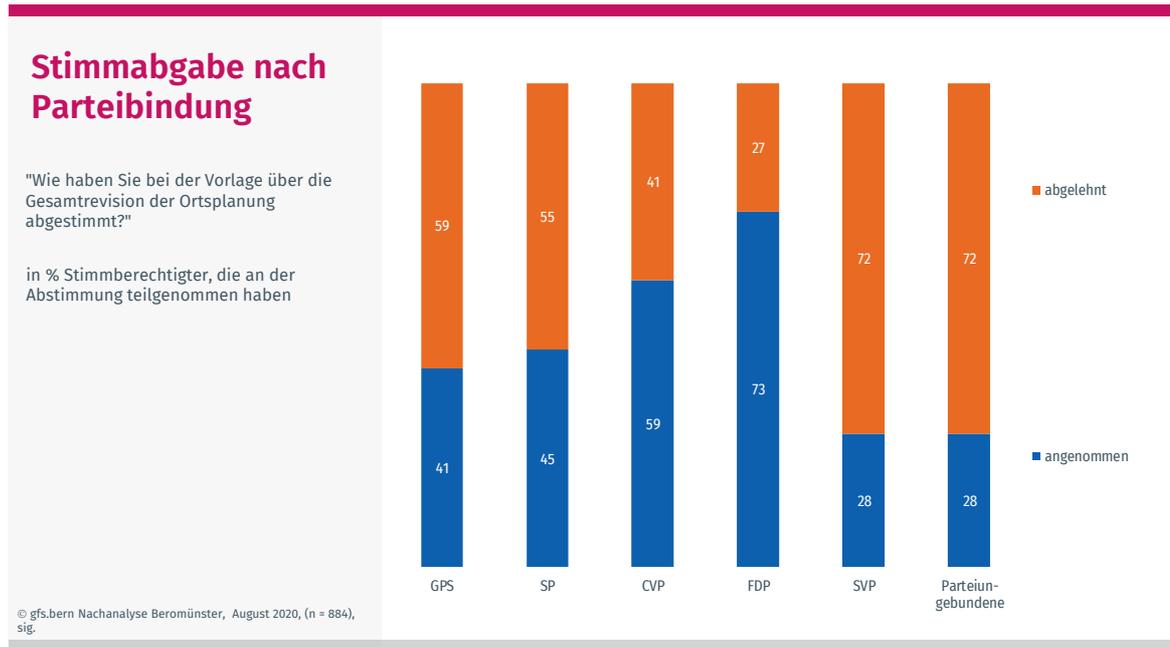
Grafik 15



So sprechen sich Personen mit einer Wohndauer von über 20 Jahren (57% abgelehnt) respektive seit Geburt (56%) am stärksten gegen die Vorlage aus. Personen mit einer Wohndauer zwischen 5 und 10 Jahren stimmten der Vorlage deutlich zu (69% angenommen).

Bei denjenigen, die weniger als 5 Jahre (49%) oder zwischen 11 und 20 Jahren in Beromünster leben (52%), teilen sich das befürwortende und das ablehnende Lager fast hälftig auf.

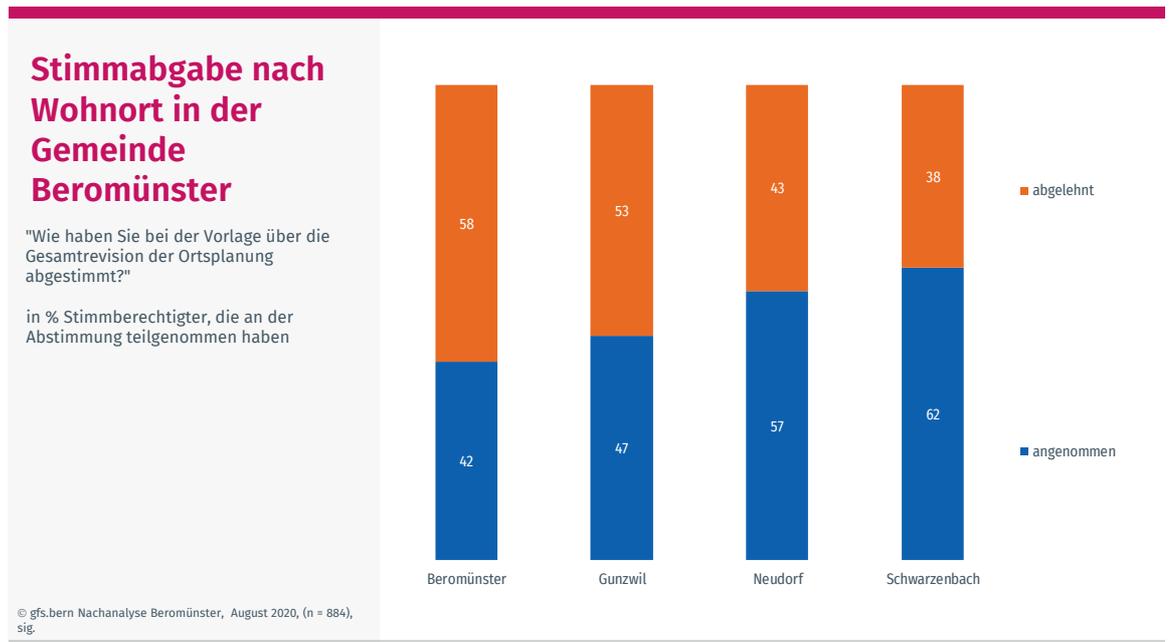
Grafik 3



Zwar waren die FDP-Sympathisierenden bestenfalls durchschnittlich mobilisiert, jedoch haben sie die Vorlage am deutlichsten angenommen (73%). Auch die sehr gut mobilisierte CVP-Anhängerschaft stimmte mehrheitlich mit Ja (59%) – eine nicht zu vernachlässigende Minderheit von 41 Prozent konnte jedoch nicht überzeugt werden.

Im Lager von SP (45%) und GPS (41%) resultierten knappe Ablehnungen. Viel stärker ins Gewicht dürfte die Ablehnung durch die SVP-Sympathisierenden sowie die Parteiungebundenen fallen: 72 Prozent haben die Ortsplanung verworfen.

Grafik 17

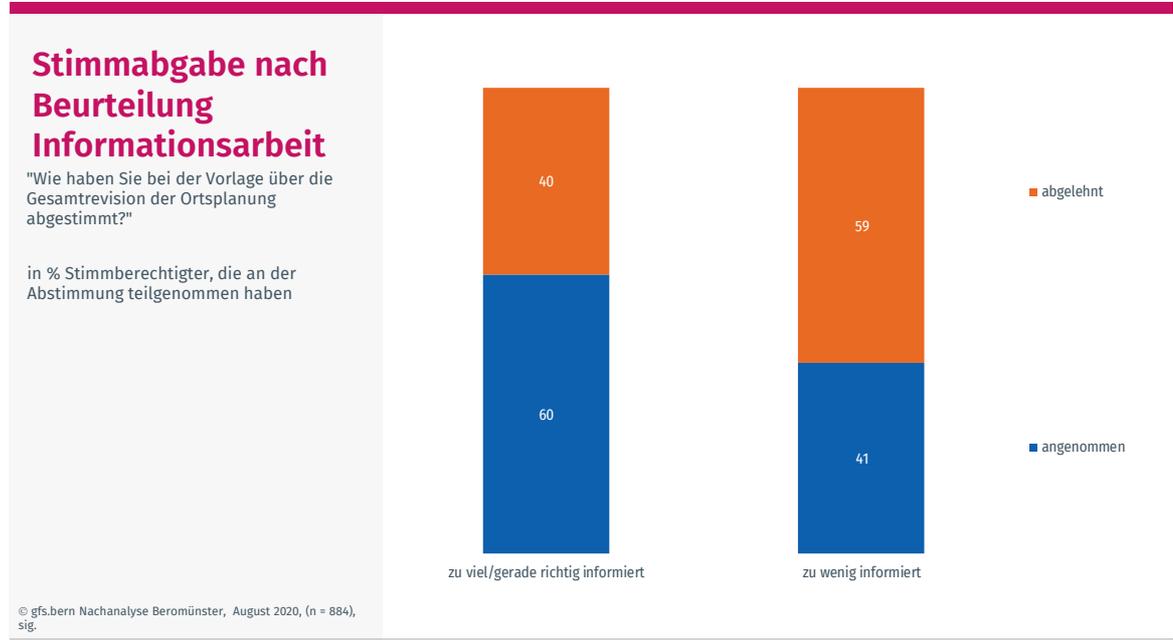


Mehrheitlich abgelehnt wurde die Vorlage auch in den Ortsteilen Beromünster (58% abgelehnt) und Gunzwil (53%). Insbesondere die verstärkte Ablehnung in Beromünster

gibt einen Hinweis darauf, dass das Scheitern der Vorlage an der Urne nicht zuletzt auch mit den geplanten Bauprojekten zu tun hat.

In Neudorf (57% angenommen) und Schwarzenbach (62%) resultierte eine solide Ja-Mehrheit.

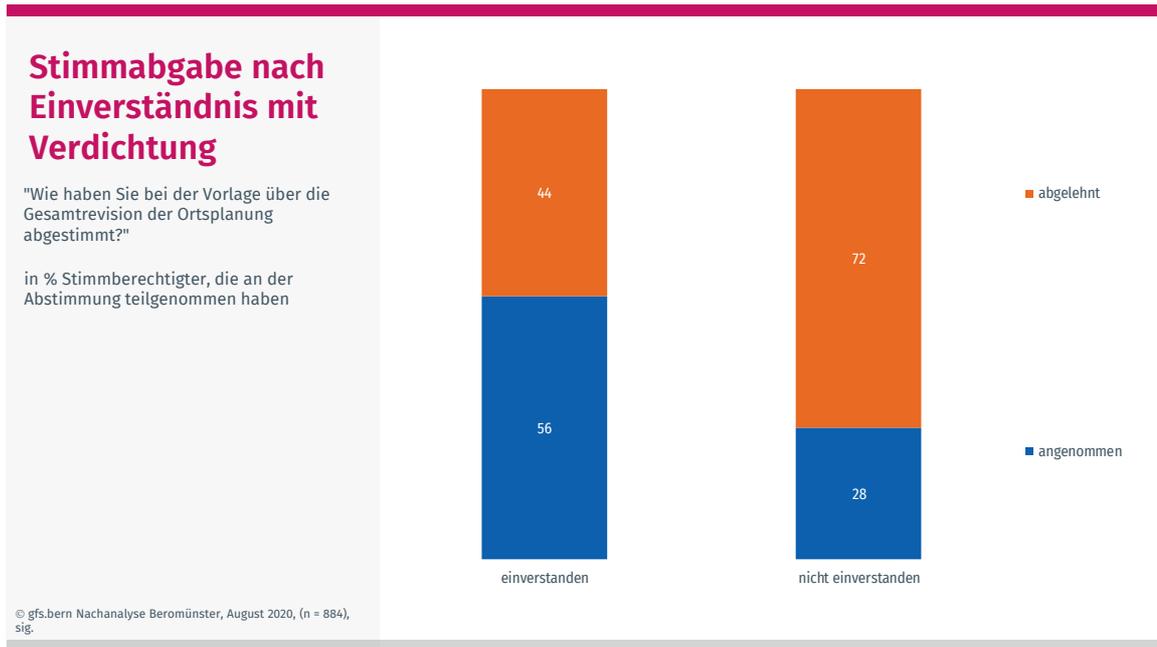
Grafik 18



Diejenigen, die sich gerade richtig (oder zu viel) informiert gefühlt haben, nahmen nicht nur häufiger an der Abstimmung teil, sondern haben der Ortsplanung auch klar mehrheitlich zugestimmt (60% angenommen). Das umgekehrte Bild zeigt sich bei Personen, die sich zu wenig informiert fühlten: 59 Prozent haben Nein gestimmt.

Es kann an dieser Stelle durchaus vermutet werden, dass mit mehr Informationsarbeit – zum Beispiel durch die ursprünglich geplante Gemeindeversammlung – das Ergebnis um die paar fehlenden Prozentpunkte in Richtung Annahme ausgefallen wäre.

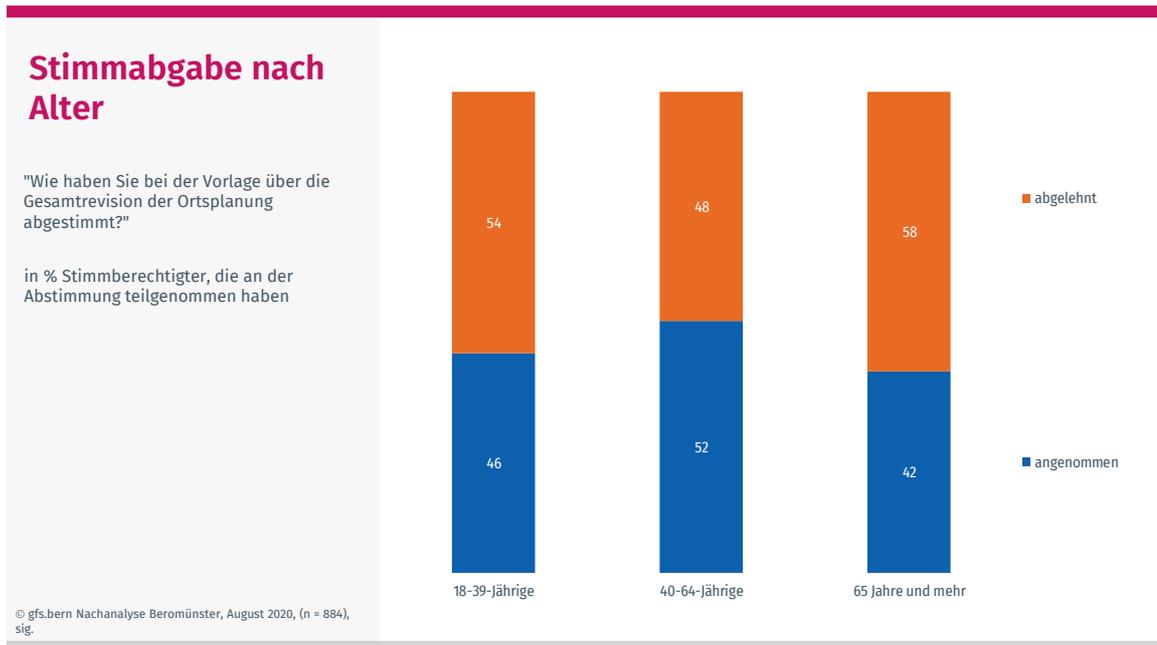
Grafik 19



Ohne Überraschung sprach sich auch (die minderheitlich ausgeprägte) Gruppe derjenigen, welche einer Verdichtung kritisch gegenüberstehen, mehrheitlich gegen die Vorlage aus (72% abgelehnt). Auch wenn das Thema Verdichtung in Beromünster damit sichtbar nicht massiv polarisiert oder überdurchschnittlich mobilisiert, war es nebensächlich ein Grund für die Ablehnung. Unter denjenigen mit grundsätzlich positiver Haltung zur Verdichtung stimmten 56 Prozent für die Vorlage.

Ferner stellen wir leichte Unterschiede zwischen den Alterskohorten fest:

Grafik 20



Einzig unter den 40- bis 64-Jährigen resultierte eine knappe Ja-Mehrheit (52%). Bei den älteren Stimmenden war die Ablehnung am grössten (58% abgelehnt). Im Vergleich zu den zuvor genannten Unterschieden erscheint das Alter aber nicht als massgeblich.

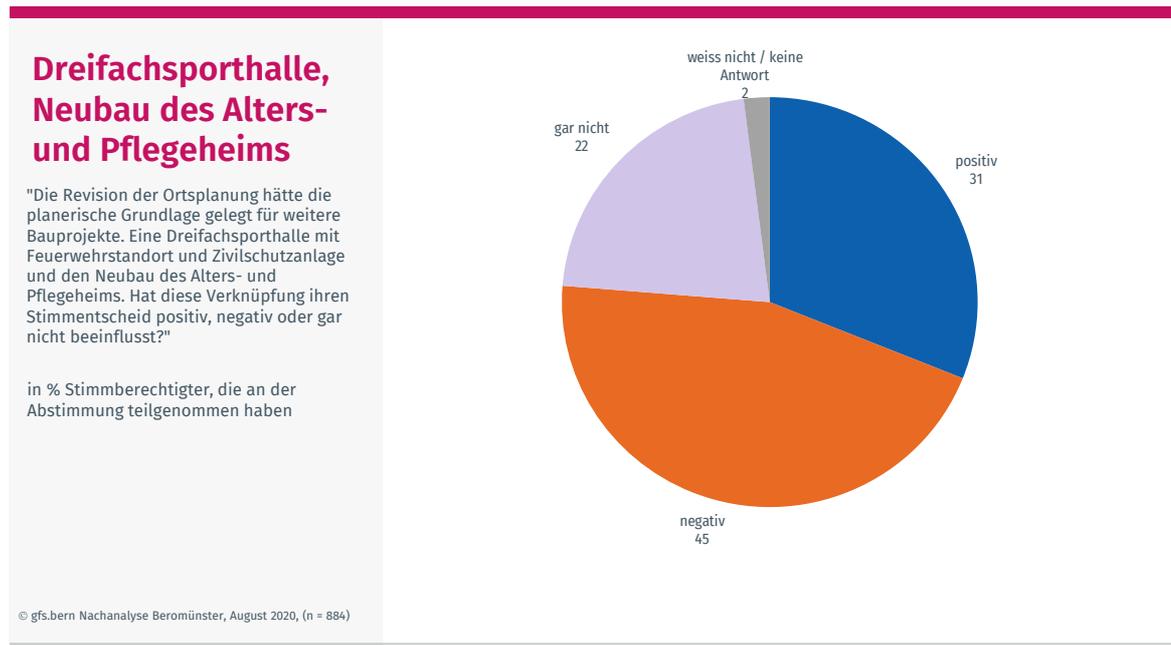
Die Stimmabgabe unterscheidet sich nicht signifikant entlang von Geschlecht oder Wohnsituation.

Insgesamt finden sich damit zwar einzelne Hinweise dafür, dass sich gewisse Personengruppen deutlich anders verhalten haben als ihre jeweilige Gegengruppe. Gerade Personen mit einer Wohndauer von über 20 Jahren in Beromünster, Rechtskonservative, Bewohner*innen des Ortsteils Beromünster und Verdichtungsgegner sprachen sich sichtbar deutlicher gegen die Vorlage aus. Allerdings finden sich in allen soziodemografischen Gruppen wesentliche Anteile Befürworter*innen und Gegner*innen, weshalb alleine soziodemographische Differenzierungen das Stimmresultat zu wenig erklären. Ein Blick in die inhaltlichen Gründe ist entsprechend erfolgsversprechend.

3.4 Begründung

Ein erster wichtiger Blick auf die Begründung der Stimmabgabe befasst sich direkt mit den verschiedenen, mit der Vorlage verknüpften Bauvorhaben:

Grafik 21



Dabei wird sichtbar, dass sich der inhaltliche Widerstand deutlich stärker auf die Bauprojekte Alters- und Pflegeheim sowie die Dreifachsporthalle² bezieht, als auf die Entlastungsstrasse Flecken. Relativ mehrheitliche 45 Prozent der Umengänger*innen wurden durch ersteres bei der Beurteilung der Vorlage negativ beeinflusst. Demgegenüber

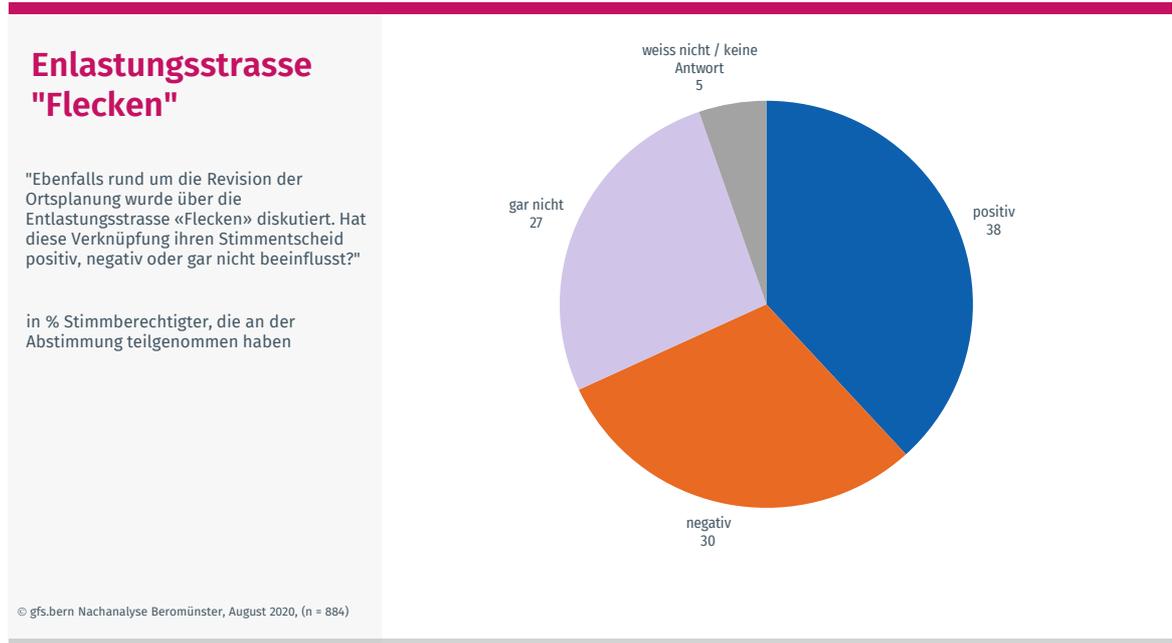
² Beide Bauvorhaben wurden im Fragebogen nur zusammen abgefragt, so dass an dieser Stelle keine Unterscheidung von Alters- und Pflegeheim versus Dreifachsporthalle vorgenommen werden kann.

stehen nur 31 Prozent, welche die Bauvorhaben positiv wahrgenommen haben. 22 Prozent liessen sich durch das Alters- und Pflegeheim sowie die Dreifachsporthalle in ihrem Stimmmentscheid nicht beeinflussen.

Unter denjenigen, die generell der Verdichtung kritisch gegenüberstehen, haben sich 60 Prozent negativ von den Bauvorhaben beeinflusst gefühlt. Auch für SVP- (56%) und GPS-Sympathisierende (52%), Parteiungebundene (56%) sowie ab 65-Jährige (53%) war das ein negativer Einfluss.

Die Entlastungsstrasse "Flecken" hatte demgegenüber in der Summe einen leicht positiven Effekt:

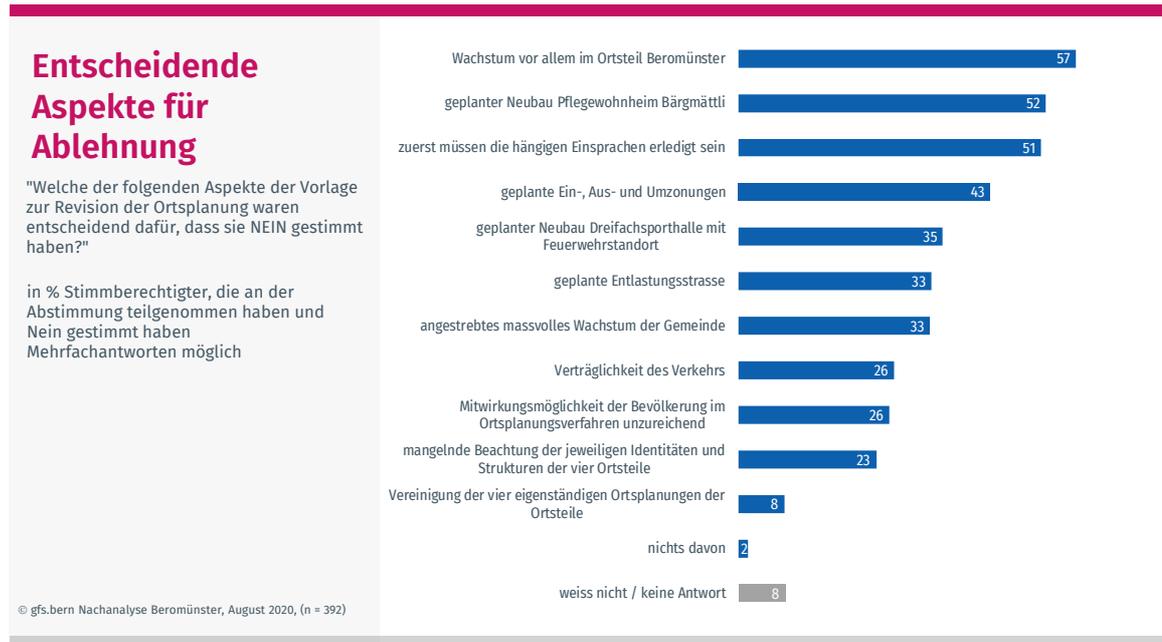
Grafik 22



Für 38 Prozent war die Entlastungsstrasse ein positiver Einfluss, für 30 Prozent ein negativer, für 27 Prozent gar keiner.

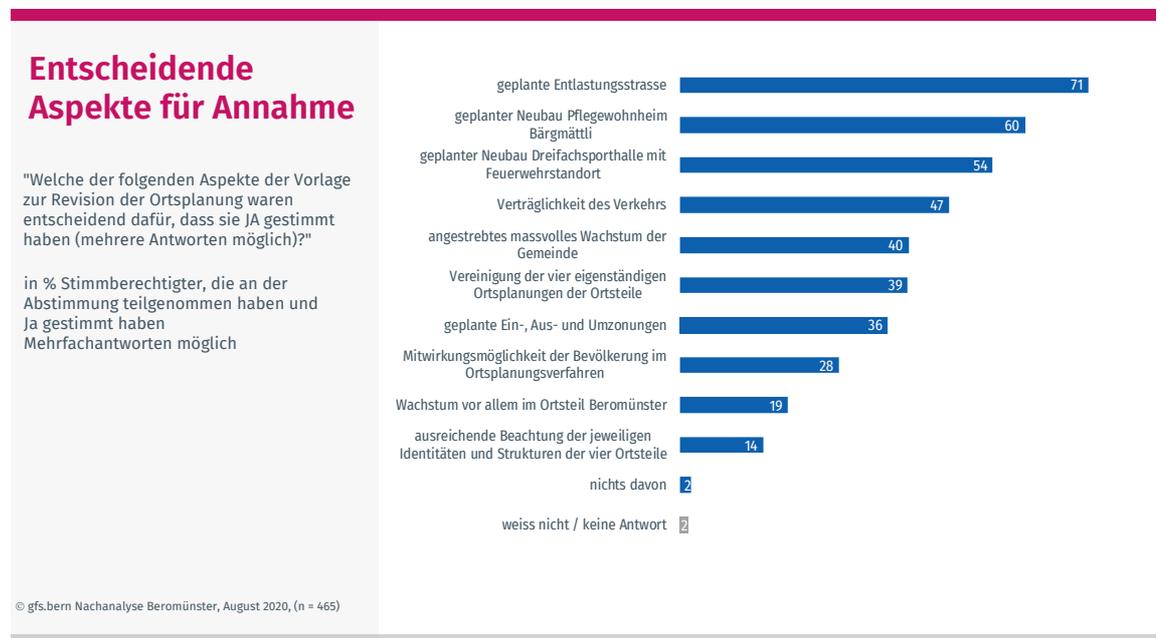
Auch hier erachteten Personen, welche Verdichtung kritisch beurteilen, die Entlastungsstrasse stärker als negativen Einfluss (41%). Am stärksten war dies jedoch bei GPS-Sympathisierenden (48%) der Fall.

Grafik 23



Lassen wir die Gründe für die Ablehnung einzeln rangieren, zeigt sich in einem zweiten Schritt, dass sich dieser Widerstand deutlich stärker auf den Neubau des Alters- und Pflegeheim bezieht und sichtbar weniger auf die Dreifachsporthalle. Das Altersheim wird zusammen mit Wachstumsbedenken und der Vorstellung, dass man zuerst offene Einsprachen bearbeiten muss, an erster und mehrheitlicher Stelle genannt.

Grafik 24



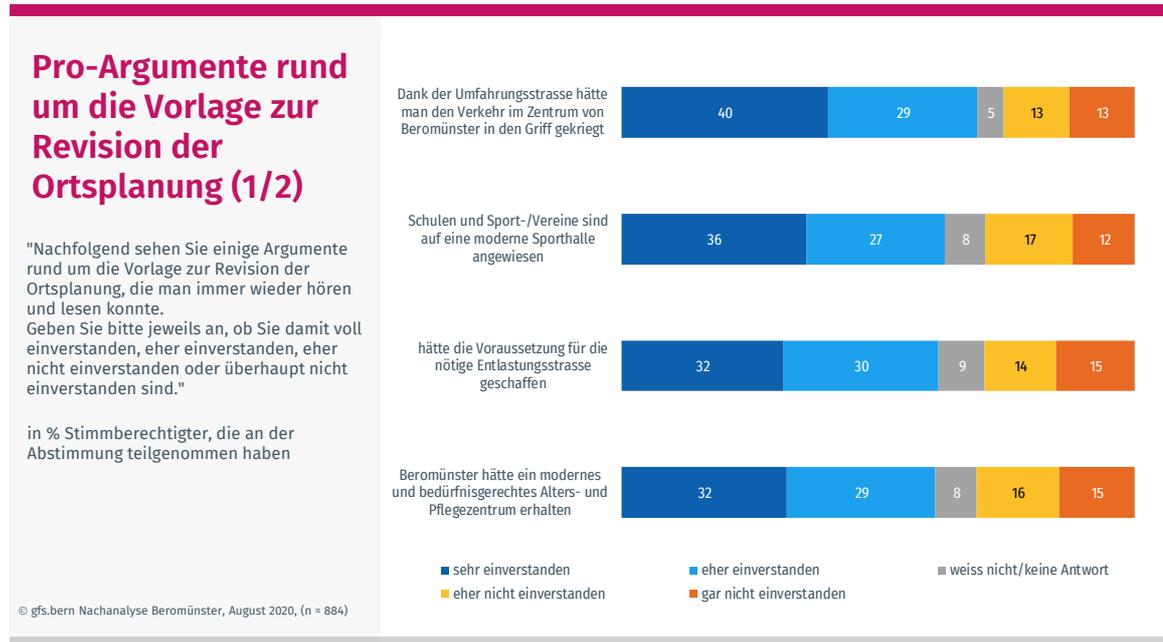
Die Entlastungsstrasse auf der anderen Seite scheint deutlich stärker eine positive Sicht auf die Vorlage befördert zu haben. Sie steht bei einer Rangierung nach den entscheidenden Aspekten für die Zustimmung an erster Stelle. Dass das Pflegewohnheim Bergmät-

teli auch auf der Seite der Befürwortung als wesentlicher Treiber genannt wird, ist bemerkenswert: Augenscheinlich polarisierte gerade dieses Bauprojekt spürbar und motivierte zu einem Ja wie auch zu einem Nein.

Die Hierarchie der Ablehnungsgründe folgt auf den zweiten Blick durchaus parteipolitischen Überlegungen: Während sich Personen mit Affinität zu Linksgrün verstärkt gegen Ein-, Aus- und Umzonungen und die Entlastungsstrasse aussprachen, fokussierte der rechtskonservative Widerstand auf die Wachstumsvorstellungen und zusammen mit dem bürgerlichen Lager auf das geplante Pflegewohnheim.

Insgesamt traf die Vorlage aber keineswegs nur auf inhaltlichen Widerstand:

Grafik 25



So finden sich unter allen diskutierten Pro-Argumenten vier, welche unter den Urnen-gänger*innen mehrheitlich geteilt werden. Mehrheitlich geteilt werden die Aussagen, dass die Umfahrungsstrasse die beabsichtigte Verkehrsentslastung ermöglicht hätte, dass man auf die Turnhalle angewiesen ist sowie dass Beromünster im Grundsatz auf ein modernes Altersheim angewiesen ist. Gerade letzteres gibt der Kritik am Alters- und Pflegeheim ein weiteres Element mit: Augenscheinlich ging es weniger um die Frage, ob ein Altersheim überhaupt nötig ist, sondern vielmehr um die Frage, ob das geplante Projekt die richtige Lösung darstellt.

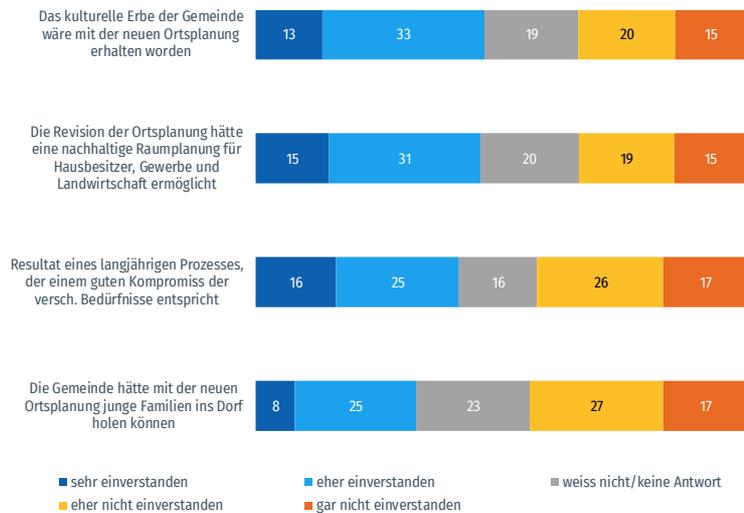
Grafik 26

Pro-Argumente rund um die Vorlage zur Revision der Ortsplanung (2/2)

"Nachfolgend sehen Sie einige Argumente rund um die Vorlage zur Revision der Ortsplanung, die man immer wieder hören und lesen konnte. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die an der Abstimmung teilgenommen haben

© gfs.bern Nachanalyse Beromünster, August 2020, (n = 884)



Die übrigen ausgetesteten Pro-Argumente verfügten über keine mehrheitliche Zustimmung. Dies betrifft insbesondere auch die Frage, ob die neue Ortsplanung das kulturelle Erbe der Gemeinde erhalten würde, wie aber auch die Aussage, dass die Ortsplanung die Folge eines langjährigen und guten Kompromisses darstellt und sie mithilft, junge Familien ins Dorf zu holen. Damit fokussiert sich die positive Sicht auf die Vorlage sehr stark auf die Umfahrungsstrasse sowie den Bedarf an Turnhalle und modernem Altersheim, und weniger auf die generelleren positiven Folgen von guter Orts- und Raumplanung.

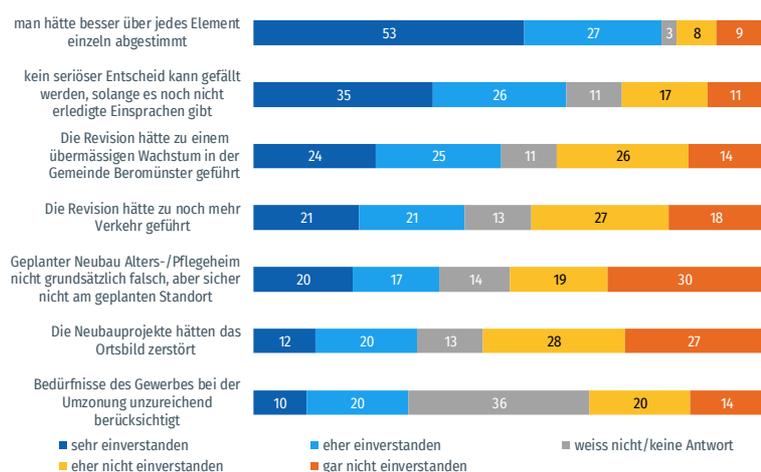
Grafik 4

Contra-Argumente rund um die Vorlage zur Revision der Ortsplanung (1/2)

"Nachfolgend sehen Sie einige Argumente rund um die Vorlage zur Revision der Ortsplanung, die man immer wieder hören und lesen konnte. Geben Sie bitte jeweils an, ob Sie damit voll einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder überhaupt nicht einverstanden sind."

in % Stimmberechtigter, die an der Abstimmung teilgenommen haben

© gfs.bern Nachanalyse Beromünster, August 2020, (n = 884)

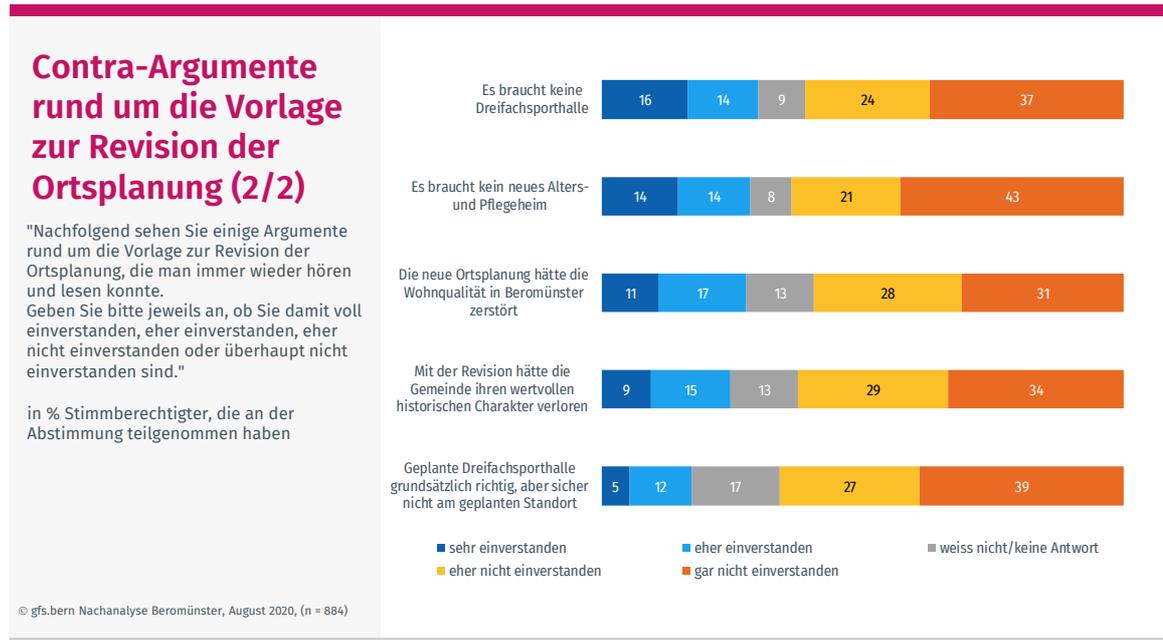


Auf der anderen Seite wurden nur gerade 2 Contra-Argumente mehrheitlich geteilt. Dabei halten grosse Mehrheiten fest, dass man über jedes Element einzeln hätte abstimmen

wollen sowie dass ein seriöser Entscheid nicht möglich ist, solange noch Einsprachen offen sind. Minderheitlich, aber nicht unerheblich, finden sich auch Stimmen, die übermässiges Wachstum scheuten, aber auch unsicher waren, ob die Vorlage tatsächlich zur beabsichtigten Verkehrsentslastung geführt hätte.

Spannend ist insbesondere auch die Aussage, dass der geplante Neubau des Altersheims nicht grundsätzlich falsch ist, aber am falschen Ort erfolgt und von einer relativen Mehrheit verworfen wird. Augenscheinlich war die immer wieder spürbare Kritik gegenüber dem Altersheim nicht (nur) eine Kritik am Ort. Mehrheitlich verworfen wird die Angst, dass die Neubauprojekte das Ortsbild zerstört hätten.

Grafik 5



Alle anderen ausgetesteten Contra-Argumente werden mehrheitlich verworfen, einmal mehr auch die Aussage, dass es generell kein Alters- und Pflegeheim braucht. Gerade mit der deutlichen Ablehnung dieser Aussage schliesst sich das Bild zum Altersheim. Augenscheinlich sieht man Bedarf an einem solchen Neubau, seine Notwendigkeit ist mehrheitlich unbestritten. Dass gerade dieses Element den spürbar grossen Einfluss auf den Stimmentscheid zu entfachen vermochte, ist hingegen auf die Summe von für sich minderheitlichen Teilwiderständen zurückzuführen: Gewisse Kreise störten sich am Standort, wenige an der Notwendigkeit, andere Minderheiten an der Ausgestaltung des Neubaus. Gleiches erkennen wir im Übrigen auch bei der Dreifachsporthalle, allerdings ist hier der Widerstand auch in der Summe nicht mehrheitlich ausgeprägt.

Exakt solches erhärtet sich, wenn wir in einem weiteren Schritt nicht untersuchen, welches Argument wie stark Zustimmung findet, sondern welches Argument schlussendlich dazu führt, dass eine Person für oder gegen die Vorlage eintrat. Die direkte Wirkung von Argumenten auf den Stimmentscheid lässt sich mit einem weitergehenden multivariaten statistischen Verfahren modellieren:

Grafik 6



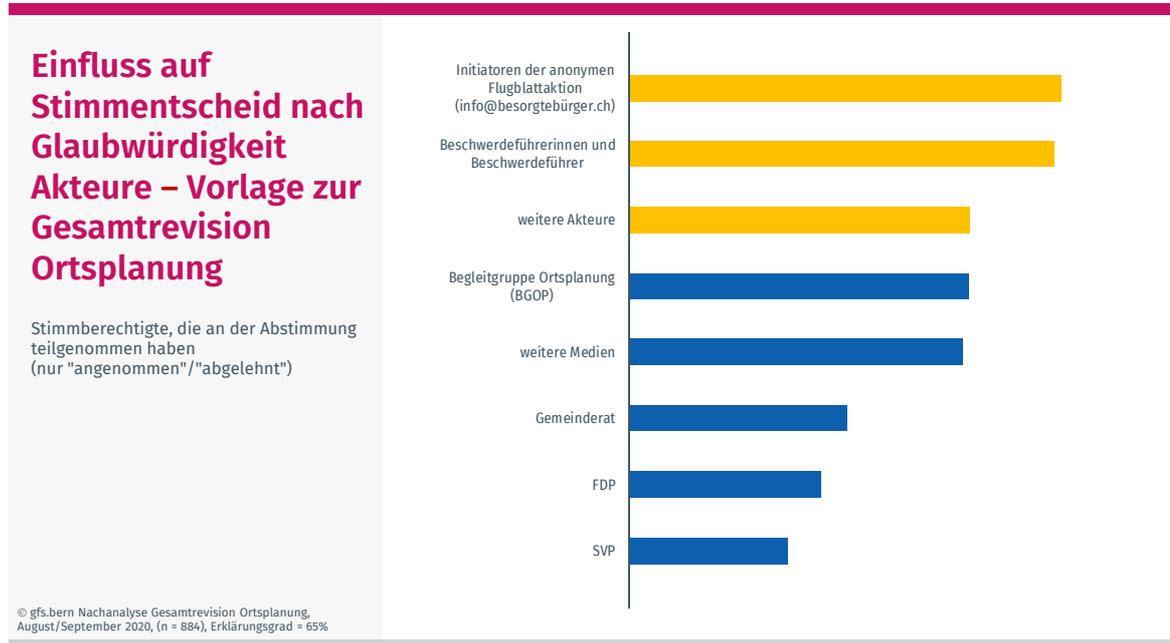
Erläuterung: Die eingesetzte Methode der linearen Regression beschreibt das Vorhandensein des Einflusses von unabhängigen Variablen (hier: die verschiedenen Argumente für oder gegen die Vorlage) auf eine abhängige Variable (Stimmabgabe dafür oder dagegen). Anhand der Farbe lässt sich unterscheiden, ob ein Element eher zu einer Zustimmung (blau) oder eher zu einer Ablehnung (orange) führt. Je weiter oben eine unabhängige Variable aufgeführt ist und je länger der Balken ist, desto grösser ist der Einfluss auf die Zustimmung und Ablehnung. Variablen, welche in der Grafik nicht erscheinen, haben keinen Einfluss. Das vorhandene Modell erklärt 81 Prozent der Varianz, was ein guter Wert darstellt. Dies bedeutet, dass man in Kenntnis, was die Befragten bei den 12 relevanten Aussagen geantwortet haben, zu 81 Prozent sagen kann, ob sie für oder gegen die Vorlage waren.

Dabei zeigt sich, dass die Ablehnung schlussendlich tatsächlich auf verschiedenen inhaltlichen Elementen beruhte. Am wichtigsten war dabei die Tatsache, dass die Vorlage den Neubau Dreifachsporthalle und Altersheim beinhaltet, wobei wie vorgängig beschrieben dem Altersheim von beidem eine wesentlich relevantere Rolle zukam. An zweiter Stelle führte die Vorstellung, dass zuerst alle offenen Einsprachen erledigt werden müssen, zu einer Ablehnung. Daneben verstärkten nebensächlich verschiedene Einzelelemente diese grundsätzliche Ablehnung, insbesondere die Angst vor Mehrverkehr, Wachstum und zerstörtem Ortsbild diesen Eindruck.

Auf der Befürworterseite wirkten hauptsächlich die Vorstellungen, dass die Vorlage eine nachhaltige Raumplanung und die nötige Entlastungsstrasse ermöglicht hätte, während nebensächlich der getroffene Kompromiss und der Bedarf an einem modernen Altersheim gewirkt hatte.

Schlussendlich scheiterte die Vorlage auch daran, dass die Gegnerschaft über direkt meinungswirksamere Kommunikatoren verfügte:

Grafik 7



Gerade hier zeigt sich die Wirksamkeit des anonymen Flugblattes als Treiber der Ablehnung noch einmal deutlich – es führte zusammen mit den Akteuren bei offenen Einsprachen am direktesten zu einer Ablehnung. Am stärksten für die Vorlage wirkten die Begleitgruppe Ortsplanung, Massenmedien, der Gemeinderat, sowie die (rechts-)bürgerlichen Parteien. Dass Kommunikatoren auf der Gegenseite bei einer Behördenvorlage dermassen deutlich eine stärkere Meinungswirkung auf den Stimmentscheid zu entfachen vermögen, ist dabei eher selten. Erfahrungsgemäss entsteht sie dann, wenn die Behörden einen Entscheid getroffen haben, der (zu) wenig mit dem Alltag der Stimmberechtigten zu tun hat. Zusammen mit der vorgängig getroffenen Erkenntnis, dass die Vorlage verunsicherte, hat dies aber sichtbar eher damit zu tun, dass sich die Stimmberechtigten im Augenblick des Entscheids mit offenen Fragen alleingelassen fühlten und sich deshalb von kommunizierten potenziellen Risiken besonders stark verunsichern liessen. Ein Plus an Kommunikation wäre in der Folge nicht nur erwünscht, sondern vermutlich auch wirksam Richtung Zustimmung gewesen.

3.5 Neuaufgabe

Insgesamt in die gleiche Richtung stossen die Stimmberechtigten von Beromünster mit Blick auf eine mögliche und aufgrund kantonaler Vorgaben auch nötige Neuaufgabe:

Grafik 8



So setzen die Stimmberechtigten aus Beromünster an erster Stelle auf Anpassungen am Prozess und erst an zweiter Stelle auf Anpassungen am Inhalt. Am stärksten wird dabei gewünscht, dass die Themen einzeln zur Abstimmung kommen und offene Einsprachen zuerst erledigt werden. An zweiter Stelle wird bessere Kommunikation gewünscht, während an dritter Stelle über die Ortsplanung ohne die Bauprojekte abgestimmt werden soll.

Grafik 9



Insgesamt wird damit der Wunsch nach Staffelung sichtbar, was mit einem politischen Entscheid an der Urne aus Sicht der Stimmberechtigten nicht umgesetzt wurde, mit einem Entscheid an einer Gemeindeversammlung aber durchaus aufgenommen werden kann. Eine Gemeindeversammlung hätte zudem auch den Vorteil, dass inhaltliche Verunsicherung sehr direkt und im Diskurs angegangen werden kann.

4 Synthese

Alles in allem gab es nicht nur einen einzigen Grund, der zur Ablehnung der Ortsplanungsrevision in der Gemeinde Beromünster geführt hat. Vier solche Gründe erscheinen bei näherer Betrachtung als besonders zentral:

- Erstens hat die Vorlage trotz rund sechsjähriger Beratung und bevölkerungsseitiger Partizipation schlussendlich verunsichert. Eine Mehrheit der Urnengänger*innen beurteilten die eigene Meinungsbildung zur Vorlage als komplex, gewichtige Gruppen wünschten sich gerade von Behördenseite ein Plus an Information. Wenn Urnengänger*innen nicht verstehen, warum eine geplante Änderung sinnvoll oder nötig ist, entscheiden sie sich erfahrungsgemäss eher für den bekannten Status Quo, was zu einer Ablehnung der Vorlage führt. Schon fast symbolhaft ist in diesem Zusammenhang die hohe Wirkungskraft des anonymen Flugblattes auf die Entscheidungsfindung. Augenscheinlich baute es ideal auf der allgemeinen Verunsicherung auf und verstärkte sie. Nur am Rande relevant für die Ablehnung war hingegen eine generelle Kritik gegenüber der Verdichtung als Ziel von Ortsplanung. Solche Kritik ist in Beromünster sichtbar minderheitlich.
- Zweitens finden wir sichtbar stärkere Ablehnung unter Personen, welche seit 20 Jahren oder mehr in Beromünster leben. Dies ist bei Fragen der Ortsplanung aber nicht unüblich, haben solche doch oft auch eine Folge auf das Ortsbild und damit auf Aspekte der Gemeindeidentität. Fest verankerte, langjährige Einwohner*innen tun sich erfahrungsgemäss schwerer mit solchen Neuerungen, was sich auch hier zeigt. Das alleine hätte aber nicht für die Ablehnung genügt.
- Drittens scheiterte die Vorlage inhaltlich an einer Mischung zwischen Kritik am Altersheimprojekt und der Vorstellung, dass zuerst alle hängigen Einsprachen erledigt werden müssen, während Bedenken gegenüber Ortsbild, Mehrverkehr und Wachstum nebensächliche zusätzliche Kritik ins Spiel brachten. In Bezug auf das Altersheim münzt die hauptsächliche Kritik verstärkt auf das geplante Projekt generell und sichtbar weniger auf den gewählten Standort oder die generelle Notwendigkeit für ein neues Altersheim.
- Fünftens wünschen sich die Stimmberechtigten in Beromünster mit Blick auf eine mögliche Auflage an erster Stelle Anpassungen am Prozess und erst an zweiter Stelle Anpassungen am Inhalt. Dabei zielt der Hauptwunsch darauf, dass die verschiedenen Themen einzeln zur Abstimmung kommen resp. dass zuerst alle hängige Einsprachen bearbeitet werden. Ebenfalls gewünscht wird eine bessere Kommunikation, während an vierter Stelle über die Ortsplanung ohne Bauprojekte entschieden werden soll.

Insgesamt skizzieren die Stimmberechtigten damit ein Setting, das an der ursprünglich vorgesehenen Gemeindeversammlung besser hätte eingelöst werden können als im

Rahmen des durchgeführten Urnenganges. Eine solche Versammlung hätte die gewünschte Staffelung, das Eingehen auf die offenen Einsprachen, wie auch mehr Information und Kommunikation zwischen den Entscheidungen ermöglicht.

5 Anhang

5.1 gfs.bern-Team

URS BIERI

Co-Leiter und Mitglied des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, Executive MBA FH in strategischem Management, Dozent an der Kalaidos Fachhochschule und der ZHAW

✉ urs.bieri@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Themen- und Issue-Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Risikotechnologien, Abstimmungsanalysen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Integrierte Kommunikationsanalysen, Qualitative Methoden

Publikationen in Sammelbänden, Fachmagazinen, Tagespresse und im Internet



JONAS PHILIPPE KOCHER

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ jonas.kocher@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Kampagnenvorbereitung und -begleitung, Gesellschaftsthemen, Integrierte Kommunikationsanalysen, Medieninhaltsanalysen, Hochrechnungen, Feldaufträge





ALEXANDER FRIND

Projektleiter, Politikwissenschaftler

✉ alexander.frind@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Analyse politischer Themen und Issues, Abstimmungen und Wahlen, Gesellschaftsthemen, Medieninhaltsanalysen, Qualitative Methoden

LUCIAN SEEBACHER

Praktikant Data Science und Politikforschung

✉ lucian.seebacher@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Qualitative Methoden, Visualisierungen

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Swiss Insights und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

**SWISS INSIGHTS**
Institute Member

**gfs.bern**
Menschen. Meinungen. Märkte.